



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2009

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.09d

Wichtiger Hinweis

Mit dem Voranschlag 2009 hat der Bundesrat eine Kreditsperre in der Höhe von 1 Prozent beschlossen. Gestützt auf Art. 37a des Finanzhaushaltgesetzes werden sämtliche Kredite, welche nicht gesetzlich oder vertraglich gebunden sind, in diesem Umfang gesperrt. In den *Bänden 1 und 3* erfolgt der Ausweis der Zahlen nach Abzug der Kreditsperre.

In den *Bänden 2A und 2B* sowie im *Bundesbeschluss in Band 1* werden die Zahlen vor Abzug der Kreditsperre ausgewiesen. Die jeweiligen Kreditsperrbeträge werden zusätzlich gesondert aufgeführt.

- Band 1 Bericht zum Voranschlag**
Kommentar zum Voranschlag
Voranschlag
Kennzahlen des Bundes
Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2009
- Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Zahlen**
Voranschlagskredite und Ertragspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
- Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Begründungen**
Voranschlagskredite und Ertragspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
Zusätzliche Informationen zu den Krediten
- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**
Zusatzerläuterungen
Statistik
- Band 4 Sonderrechnungen**
Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
Infrastrukturfonds
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Eidgenössische Alkoholverwaltung
- Band 5 Finanzplan 2010-2012**
Zahlen im Überblick
Ausgangslage, Strategie und Ergebnisse
Finanzplan 2010-2012
Zusammenfassung und Würdigung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. *Band 2A* enthält die Zahlen, *Band 2B* die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bun-

destresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden.

Band 5 zeigt die Entwicklung des Haushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Weitergehende Informationen gibt der Anhang zum Bericht, welcher standardisierte Übersichten für jede der 44 Aufgaben der funktionalen Gliederung (Aufgabenportfolio) sowie der wichtigsten Einnahmenpositionen abbildet.

Zusatzerläuterungen und Statistik

	Seite
1 Zusatzerläuterungen	7
11 Entwicklung der Einnahmen	7
111 Fiskaleinnahmen	8
112 Regalien und Konzessionen	15
113 Finanzeinnahmen	16
114 Übrige laufende Einnahmen	16
115 Investitionseinnahmen	17
12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	17
121 Soziale Wohlfahrt	18
122 Finanzen und Steuern	20
123 Verkehr	21
124 Landesverteidigung	22
125 Bildung und Forschung	23
126 Landwirtschaft und Ernährung	24
127 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	25
128 Übrige Aufgabengebiete	26
13 Gesamtwirtschaftliche Risiken	27
14 Querschnittsfunktionen	28
141 Personal	28
142 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	30
143 Bundestresorerie	32
144 Beratungsaufwand	33
15 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	34
16 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	36
17 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	38
2 Statistik	41
A Übersicht	41
B Finanzierungsrechnung	44
B1 Einnahmen	44
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	47
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	51
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	59
C Erfolgsrechnung	63

11 Entwicklung der Einnahmen

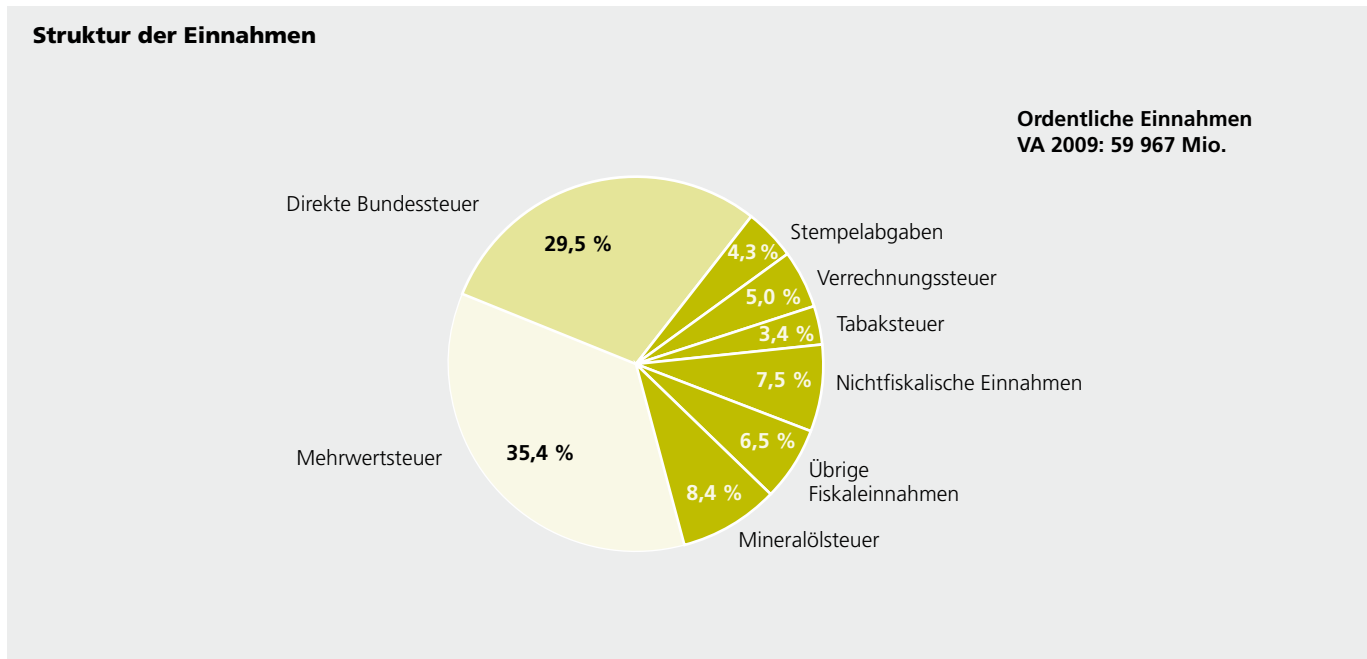
Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	58 092	57 976	59 967	1 991	3,4
Fiskaleinnahmen	53 336	53 455	55 514	2 059	3,9
Direkte Bundessteuer	15 389	16 359	17 670	1 311	8,0
Verrechnungssteuer	4 230	3 026	3 019	-7	-0,2
Stempelabgaben	2 990	2 925	2 600	-325	-11,1
Mehrwertsteuer	19 684	20 470	21 240	770	3,8
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 116	7 229	113	1,6
Mineralölsteuer	5 086	4 955	5 055	100	2,0
Tabaksteuer	2 186	2 056	2 067	11	0,5
Biersteuer	107	105	107	2	1,9
Verkehrsabgaben	2 016	1 996	2 123	127	6,4
Automobilsteuer	358	340	350	10	2,9
Nationalstrassenabgabe	322	306	313	7	2,3
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 350	1 460	110	8,1
Zölle	1 040	980	1 000	20	2,0
Spielbankenabgabe	449	432	482	50	11,6
Lenkungsabgaben	156	151	151	0	0,0
Übrige Fiskaleinnahmen	3	0	0	0	-50,0
Regalien und Konzessionen	1 345	1 258	1 302	44	3,5
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	221	223	2	0,7
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	45	28	43	15	54,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	193	154	178	24	15,6
Übrige Regalien und Konzessionen	50	22	25	3	14,2
Finanzeinnahmen	1 280	1 383	1 380	-4	-0,3
Zinseinnahmen	664	659	527	-132	-20,0
Beteiligungseinnahmen	509	707	845	138	19,5
Übrige Finanzeinnahmen	107	17	8	-10	-55,9
Übrige laufende Einnahmen	1 766	1 673	1 583	-89	-5,3
Entgelte	1 391	1 239	1 222	-17	-1,4
Wehrpflichtersatzabgabe	138	129	135	6	4,3
Gebühren für Amtshandlungen	293	278	199	-79	-28,3
Rückerstattungen	113	82	60	-22	-27,4
EU Zinsbesteuerung	121	122	169	47	38,9
Übrige Entgelte	725	628	659	31	5,0
Verschiedene Einnahmen	375	434	362	-72	-16,6
Investitionseinnahmen	365	207	188	-19	-9,3

Die ordentlichen Einnahmen des Bundes werden für 2009 auf 60,0 Milliarden veranschlagt. Im Vergleich zum Voranschlag 2008 liegen sie um 2,0 Milliarden oder 3,4 Prozent höher.

Die *Fiskaleinnahmen* (sie machen 93 % der ordentlichen Gesamteinnahmen aus) wachsen um 3,9 Prozent, wobei die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer den Hauptwachstumsbeitrag liefern. Mit stagnierenden Gewinnsteuern und rückläufigen Stempelabgaben zeigen sich ferner die Auswirkungen der Probleme im Finanzsektor auf die Bundeseinnahmen. Mit Ausnahme der Tarifänderung bei der LSV (ca. +50 Mio.) gibt es im Budgetjahr keine nennenswerten Sonderfaktoren.

Die *nichtfiskalischen Einnahmen* (Regalien und Konzessionen, Finanzeinnahmen, übrige laufende Einnahmen und Investitionseinnahmen) gehen gegenüber dem Budget 2008 um 68 Millionen bzw. 1,5 Prozent zurück. Die Reduktion ist auf Sonderfaktoren (ETH-Mieten, Auslagerung von Verwaltungseinheiten) zurückzuführen. Bereinigt um diese Effekte nehmen sie um 1,9 Prozent zu.

Die für 2009 budgetierten ausserordentlichen Einnahmen belaufen sich auf 230 Millionen (CO₂-Abgabe, siehe Band 1, 232/22).



111 Fiskaleinnahmen

Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Direkte Bundessteuer	15 389	16 359	17 670	1 311	8,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	26,5	28,2	29,5		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	6 860	8 136	8 151	15	0,2
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	8 664	8 373	9 669	1 296	15,5
Pauschale Steueranrechnung	-135	-150	-150	0	0,0

Die direkte Bundessteuer wird auf dem *Einkommen der natürlichen Personen* sowie auf dem *Reingewinn juristischer Personen* erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2009 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2008: Auf den im Jahr 2008 erwirtschafteten Einkommen bzw. Gewinne werden die Steuern im Jahr 2009 fällig.

Im Frühjahr 2009 wird die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2008 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (2007). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt

wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwischen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund. Zahlungen durch die Steuerpflichtigen, welche ein Steuerjahr betreffen können sich über mehrere Jahre erstrecken – und führen somit auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2008 liegt auch bei der Fälligkeit des darauf folgenden Steuerjahres (2009, per 31.3.2010) nicht in jedem Fall vor; im Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

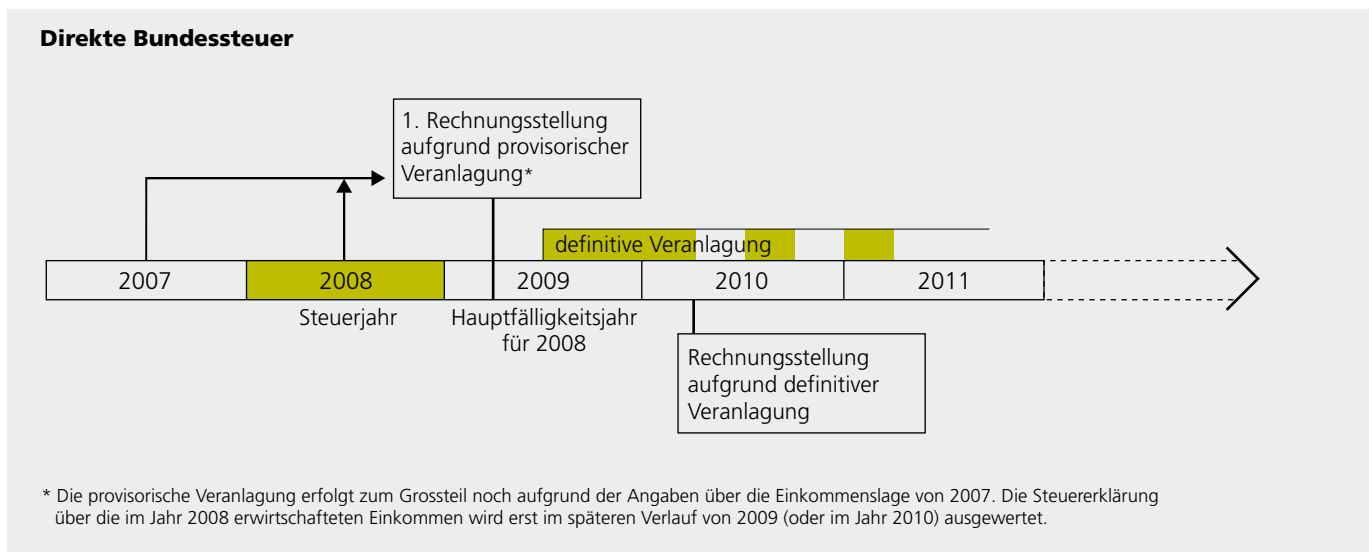
In den letzten Jahren ist eine Tendenz in Richtung einer Verkürzung der beschriebenen Verzögerung bei der Veranlagung zu beobachten, dies vor allem bei den bedeutendsten juristischen Personen. Diese melden der Steuerbehörde ihre steuerbaren Gewinne aus dem fälligen Steuerjahr frühzeitig. Die provisorische Rechnungsstellung erfolgt somit weitgehend auf Basis des Gewinns im fälligen Steuerjahr.

Das hohe Einnahmenwachstum im Voranschlagsjahr ist auf die anhaltend günstige Konjunkturlage in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Bei der Unternehmenssteuer (juristische Personen) wird mit einer Stabilisierung auf hohem Niveau gerechnet. Die Einnahmen des Jahres 2009 hängen primär von den Unternehmensgewinnen ab, die in den Jahren 2007 und 2008 erwirtschaftet werden. Die Einkommenssteuer (natürliche Personen) widerspiegelt den konjunkturbedingt ausgeprägten Anstieg der Haushaltseinkommen in eben diesen Jahren. Der Anstieg der Haushaltseinkommen führt durch die Progression bei den Ta-

rifen und auch aufgrund des Bezugs- und Veranlagungsverfahrens zu einem entsprechend ausgeprägten Niederschlag bei den Einnahmen.

Von den gesamten Erträgen der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (150 Mio.), gehen 17 Prozent oder 2 807 Millionen an die Kantone.

Schematisch kann das Verfahren folgendermassen dargestellt werden:



Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	4 230	3 026	3 019	-7	-0,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,3	5,2	5,0		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 211	3 000	3 000	0	0,0
Steuerrückbehalt USA	19	26	19	-7	-26,9

Der Ertrag der Verrechnungssteuer ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen. Er unterliegt von einem Jahr zum anderen starken Schwankungen und ist aus verschiedenen Gründen schwer prognostizierbar. Die Prognose von *Saldogrössen* ist mit Unsicherheiten behaftet, da sich Fehleinschätzungen bei beiden für den Saldo massgeblichen Grössen kumulieren können. Die Steuereingänge werden ohne die Beträge, welche dem Meldeverfahren unterliegen, auf 28 Milliarden geschätzt, während sich der geschätzte Durchschnittsertrag der Steuer nach Abzug der Rückerstattungen in Höhe von 25 Milliarden lediglich auf 3 Milliarden beläuft (siehe nachstehende Grafik). Die Prognose der Verrechnungssteuer erweist sich angesichts dieser Grössenordnungen und der Unwägbarkeiten bei den Bestimmungsgrössen als äusserst hypothetisch.

Einerseits können bereits kleine Schätzfehler bei den massgeblichen Bestimmungsgrössen für die *Eingänge* (Dividendenausschüttungen, Bestände der Bankkundenguthaben, Volumen der Obligationen, Zinssätze) zu grossen Abweichungen führen. Insbesondere der Einnahmenezuwachs aus Dividendenausschüttungen und aus dem Rückkauf von Aktien durch die Unternehmen unterlag in den vergangenen Jahren sehr grossen Schwankungen. Sie sind aber für einen Grossteil der Eingänge aus der Verrechnungssteuer massgeblich.

Andererseits sind auch Prognosen zu den *Rückerstattungs-gesuchen* nicht einfach, denn es ist unmöglich, die Höhe der Rückerstattungs-gesuche oder das Datum vorauszusagen, an dem sie eingereicht werden. Die Gesuche können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden. In

letzter Zeit hat die Rückerstattungsquote (prozentualer Anteil der Rückerstattungen an den Eingängen) von Jahr zu Jahr grosse Schwankungen aufgewiesen.

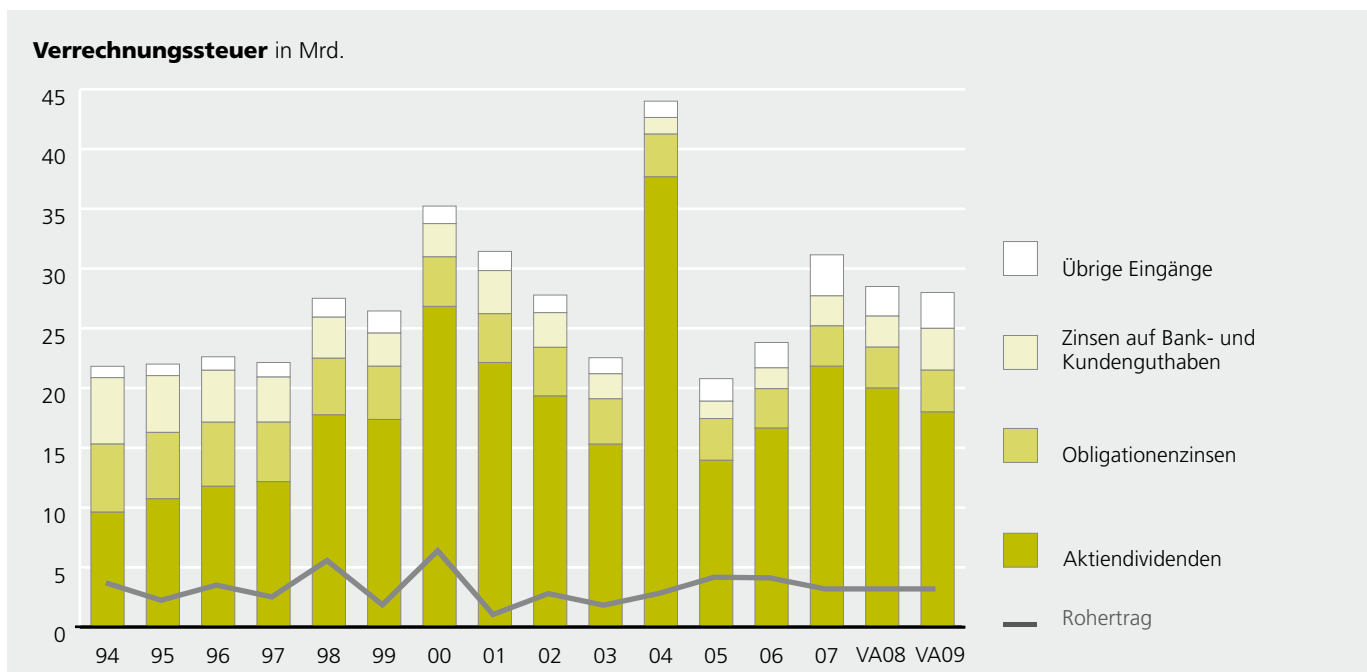
Die Änderungen im *Verbuchungssystem* in den letzten Jahren führten zu noch stärkeren Schwankungen beim Verrechnungssteuerertrag. Der Übergang zum Meldeverfahren zum Beispiel schlug sich stark, wenn auch nur kurzzeitig, im Ertrag dieser Steuer nieder. Dadurch wurde nicht nur die zeitliche Verteilung der Steuereingänge und der Rückerstattungen verändert, sondern auch die Höhe der Ausschüttungsbeträge. Mit dem 2007 eingeführten Neuen Rechnungsmodell werden die Schwankungen, welche durch das zeitliche Auseinanderklaffen von Eingängen und Rückerstattungen bedingt sind, ein wenig vermindert. So werden die auf Anfang Januar angekündigten oder auf diesen Zeitpunkt mit Gewissheit erwarteten Rückerstattungsbescheide, die sich auf die Eingänge des Vorjahres beziehen, systematischer abgegrenzt als bisher.

Der *Konjunkturzyklus* und insbesondere der *Finanzzyklus* dürften die Entwicklung der Verrechnungssteuer weiter beeinflussen. In einer Aufschwungphase der Realwirtschaft und der Finanzmärkte ist der Ertrag dieser Steuer im Allgemeinen relativ hoch oder sehr hoch, während er im Zuge eines zyklischen Abschwungs dazu tendiert, deutlich rückläufig zu sein. Dieses Profil der Verrechnungssteuer erklärt sich aus der zeitlichen Verzögerung, mit der die Rückerstattungsbescheide eingereicht werden können. So nehmen die Steuereingänge zum Beispiel nach einem Jahr kräftigen Wirtschaftswachstums infolge hoher Dividendenausschüttungen und häufig auch infolge eines Zinsanstiegs deutlich zu,

während die verbuchten Rückerstattungen sich zum Teil noch auf die schwächeren Eingänge des Vorjahres beziehen, was den Verrechnungssteuersaldo aufbläht. Das war zwischen 2005 und 2007 der Fall. Im Gegensatz dazu ist nach einer Trendwende im Konjunktur- oder Finanzzyklus das Auseinanderklaffen zwischen den weniger schnell wachsenden Eingängen und den weiterhin hohen Rückerstattungsbescheiden tendenziell der Grund für einen Rückgang des Verrechnungssteuerertrags.

Seit 2004 wurde beschlossen, im Budget und im Finanzplan denjenigen Betrag einzustellen, der ungefähr dem *langjährigen Durchschnitt* entspricht. Aufgrund spezieller, von Natur aus unvorhersehbarer Faktoren ist keine genauere Schätzung möglich; verunmöglicht wird sie auch von den Konjunkturschwankungen, die den Ertrag dieser Steuer beeinflussen.

Im Voranschlag 2009 wurde der Verrechnungssteuerertrag wie im Voranschlag 2008 auf drei Milliarden festgelegt. Dieser Betrag liegt leicht unter dem Durchschnitt der Jahre 2002-2007 (3,16 Mrd.), einem Zeitraum, der von einem starken Wachstum des Finanzsektors geprägt war, was den Ertrag der Verrechnungssteuer und infolgedessen auch den mehrjährigen Durchschnitt wahrscheinlich vorübergehend aufblähte. Da der jüngst verzeichnete Einnahmenüberschuss wahrscheinlich teilweise auf eine Ausnahmesituation zurückzuführen ist und nicht als Gradmesser für künftige Rechnungsergebnisse angesehen werden darf, erscheint es verfrüht, den Durchschnittsbetrag, auf den sich in den letzten Jahren die Budgetierung der Verrechnungssteuer abstützte, nach oben zu korrigieren.



Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2007	Vorschlag 2008	Vorschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Stempelabgaben	2 990	2 925	2 600	-325	-11,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	5,2	5,0	4,3		
Emissionsabgabe	405	525	425	-100	-19,0
Umsatzabgabe	1 940	1 750	1 525	-225	-12,9
Inländische Wertpapiere	280	250	175	-75	-30,0
Ausländische Wertpapiere	1 660	1 500	1 350	-150	-10,0
Prämienquittungsstempel und Übrige	645	650	650	0	0,0

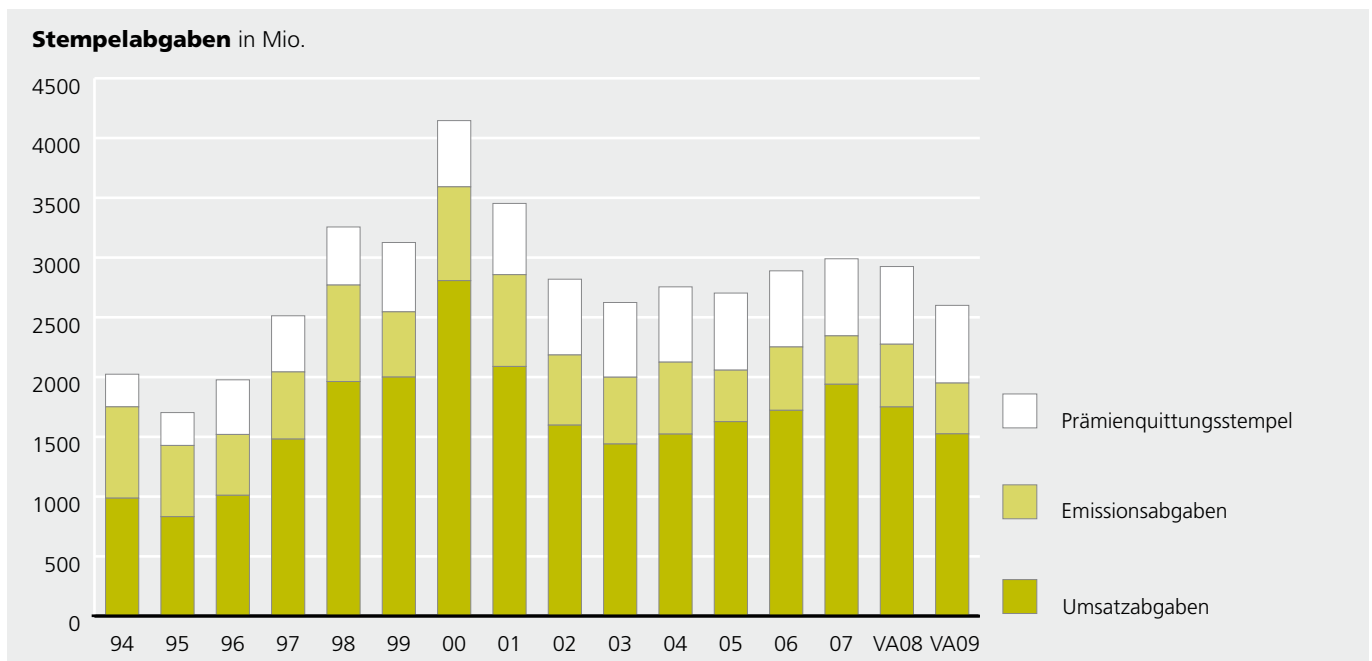
Der Ertrag aus den *Stempelabgaben* schwankte in den vergangenen fünfzehn Jahren sehr stark. Seine Volatilität widerspiegelte in erster Linie das turbulente Börsengeschehen und die Konjunkturentwicklung im In- und Ausland, aber auch die vielen Neugründungen und Zusammenschlüsse von Unternehmungen. In zweiter Linie prägten auch die zahlreichen Gesetzesänderungen seit 1993, die vor dem Hintergrund struktureller Veränderungen an den Finanzmärkten erfolgten, die Entwicklung der Stempelabgaben. Namentlich der Umsatzstempel war Gegenstand mehrerer Gesetzesänderungen, um der Globalisierung der Börsengeschäfte Rechnung zu tragen und der Konkurrenz seitens der ausländischen Börsen standhalten zu können.

In einem von stetem Wandel gezeichneten und sehr instabilen Umfeld erweist sich die Prognose der Erträge aus der Stempelabgabe als heikel. Insbesondere die *Umsatzabgaben*, die knapp zwei Drittel des Gesamtertrags der Stempelabgaben ausmachen, sind schwer zu schätzen. Die Umsatzabgabe wird nämlich zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben, die den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte unterliegen. Ausserdem sind sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanzprodukten und in der Anlagestrategie der

Investoren ausgesetzt. Die zukünftigen Auswirkungen solcher Veränderungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar.

Seit dem Sommer 2007 beeinflusste die Finanzmarktkrise die Entwicklung der Stempelabgaben. Zunächst profitierte der Ertrag aus den Stempelabgaben von den Portefeuilleumschichtungen. Das erklärt die Zunahme der Stempelabgaben von Ende 2007, die sich im ersten Halbjahr 2008 fortsetzte, jedoch in abgeschwächter Form. Die Entwicklung im zweiten Halbjahr dürfte angesichts des Fortdauerns der Finanzkrise weniger günstig ausfallen. Für 2009 ist infolge der erwarteten Konjunkturabschwächung eine Verringerung des Ertrags aus den Stempelabgaben wahrscheinlich; ferner dürfte die Börsentätigkeit auch durch die Instabilität im Finanzsektor und die Eindämmung der Verbriefungsmechanismen gedämpft werden.

Bei der *Emissionsabgabe* geht die Budgetschätzung angesichts des erwarteten Konjunkturabschwungs von eher schwachen Wertpapieremissionen des Privatsektors aus. Dagegen wird der Bund erneut mittel- und langfristige Obligationenanleihen auflegen. Dadurch steigen die Emissionsabgaben, da sie auf Grund der Dauer der emittierten Obligationen berechnet werden. Da



der für 2008 veranschlagte Betrag aus heutiger Sicht zu hoch erscheint, dürfte der für 2009 budgetierte Ertrag nur geringfügig unter den Wert zu liegen kommen, der für 2008 erwartet wird und der nach unten korrigiert wurde.

Über drei Viertel des Ertrags aus den *Umsatzabgaben* entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Nebst der seit dem Sommer 2007 andauernden Finanzkrise könnten auch die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaft und die Aussicht auf einen allfälligen Gewinnrückgang bei den Grossunternehmen den Börsenmärkten im Jahr 2009 einen Dämpfer aufsetzen. Wegen dem generellen Fall der Aktiennotierungen dürfte das Volumen der Wertschriften, die

an der Börse gehandelt werden, deutlich rückläufig sein; dementsprechend sollten auch die Umsatzabgaben den für 2008 budgetierten Wert nicht erreichen. Der immer häufigere Einsatz steuerbefreiter Produkte und die Zunahme steuerbefreiter Institutionen werden diesen Rückgang ebenfalls weiter verstärken.

Die Einnahmen aus dem *Prämienquittungsstempel* stiegen in den letzten Jahren insgesamt kaum: Der Rückgang der Abgaben, die auf den Prämien der Lebensversicherungen erhoben werden, konnte durch die Zunahme in gewissen Versicherungssparten nur gerade kompensiert werden. Für 2009 wird von der Annahme ausgegangen, dass diese Einnahmen nicht vom Betrag abweichen dürften, der für 2008 veranschlagt wurde und der den im Vorjahr eingenommenen Betrag nur leicht übersteigt.

Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Mehrwertsteuer	19 684	20 470	21 240	770	3,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	33,9	35,3	35,4		
Allgemeine Bundesmittel	15 959	16 590	17 220	630	3,8
Zweckgebundene Mittel	3 726	3 880	4 020	140	3,6
Krankenversicherung 5%	840	880	900	20	2,3
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 144	2 230	2 320	90	4,0
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	439	460	470	10	2,2
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	302	310	330	20	6,5

Der Mehrwertsteuer unterliegen die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 75 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer vom Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Nicht alle Leistungen werden gleich hoch besteuert. Für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen gilt der Normsatz von 7,6 Prozent. Waren des täglichen Bedarfs werden nur mit dem reduzierten Satz von 2,4 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen dem Sondersatz von 3,6 Prozent.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Sozialwesen, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versiche-

rungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat jedoch kein Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnahmenschätzung stützt sich auf die prognostizierten Eckwerte für das nominelle Bruttoinlandprodukt (BIP), welches in einem engen Zusammenhang mit der Steuerbasis der Mehrwertsteuer steht. Die im Voranschlag 2009 eingestellten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer liegen um 3,8 Prozent über dem Voranschlag 2008. Wird jedoch die für die Budgetierung verwendete Schätzung für 2008 als Bezugsgrösse für das Einnahmenwachstum verwendet, ergibt sich ein Anstieg von 3,6 Prozent, analog dem nominellen BIP-Wachstum. Die Qualität der Einnahmenschätzung hängt stark von derjenigen der Konjunkturprognosen ab. Die derzeit hohen konjunkturellen Risiken haben deshalb auch entsprechende Unsicherheiten bei der Einnahmenschätzung zur Folge.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind gemäss dem neuen Rechnungsmodell (NRM) ab 2007 auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2009 auf 230 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Mineralölsteuer	5 086	4 955	5 055	100	2,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,8	8,6	8,4		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 028	2 940	3 010	70	2,4
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 039	1 990	2 020	30	1,5
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	25	25	0	0,0

Der Ertrag aus den *Mineralölsteuern* hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrößen sind der Fahrzeugbestand und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Motorfahrzeugbestand wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauches angestrebt wird. Zudem sollten auch die Energie-Etikette und die allfällige Abstufung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern nach technischen Besonderheiten (Gesamtgewicht, Steuer-PS) zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beitragen. In jüngster Zeit lässt sich jedoch eine Zunahme der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch (Geländefahrzeuge, SUV, Grossraumlimousinen) feststellen.

Schliesslich lassen bisherige Beobachtungen darauf schliessen, dass eine Konjunkturabschwächung, wie sie für 2009 erwartet wird, bei Unternehmen und Privaten tendenziell einen Minderverbrauch an Treibstoff nach sich zieht. Wenn die

Erdölpreise weiterhin so hoch bleiben, könnten auch sie im Jahre 2009 der Treibstoffnachfrage einen Dämpfer aufsetzen.

Die Zunahme der Anzahl zurückgelegter Kilometer und somit der Treibstoffverbrauch hängen in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können. Diesem Sonderfaktor kann bei der Budgetierung jedoch nicht Rechnung getragen werden.

Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab. Die Zahlen im Voranschlag beruhen auf der Annahme, dass das Preisgefälle beim Benzinpreis in den Grenzregionen relativ stabil bleiben wird; grössere Änderungen im Benzintourismus sind deshalb kaum zu erwarten.

In Anbetracht der verschiedenen vorerwähnten Faktoren, welche die Treibstoffnachfrage im Jahre 2009 belasten, dürften die Einnahmen aus den Mineralölsteuern das für 2007 veranschlagte Niveau nicht ganz erreichen. Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus den Mineralölsteuern und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr eingesetzt.

Tabaksteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Tabaksteuer	2 186	2 056	2 067	11	0,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,8	3,5	3,4		

Der veranschlagte Ertrag aus der *Tabaksteuer* beruht auf einer aktualisierten Schätzung des für 2008 erwarteten Zigarettenverkaufs in der Schweiz. Der Voranschlag 2008 beruhte auf der Annahme eines ausgeprägten Verkaufsrückgangs, bedingt durch die jüngste, am 1.1.2007 in Kraft getretene Erhöhung des Steuerersatzes. Aufgrund des effektiven Ergebnisses des Jahres 2007 und der Einnahmen in den ersten Monaten des Jahres 2008 fällt dieser Rückgang geringer aus als erwartet; der für 2008 veranschlagte Betrag dürfte demnach übertroffen werden. Der Voranschlag 2009 beruht auf der Annahme einer unveränderten

Besteuerung und – aufgrund des allgemeinen Trends der letzten Jahre – eines geringfügigen Rückgangs der Zigarettenverkäufe. Im Vergleich zum Verkaufsniveau (12,1 Mrd. Stück), das aus heutiger Sicht für 2008 erwartet wird, dürfte der Rückgang in der Grössenordnung von 2,0 Prozent liegen. Die neue Schätzung für 2008 wurde gegenüber dem budgetierten Wert nach oben korrigiert. Infolgedessen sinkt der für 2009 veranschlagte Ertrag. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden zur Finanzierung der AHV/IV eingesetzt.

Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 350	1 460	110	8,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,3	2,4		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	712	879	938	58	6,6
Kantonsanteile	436	440	469	29	6,6
Übrige	188	31	54	23	72,3

Dem Voranschlag liegt die Annahme einer Tarifierpassung per 1.1.2009 zu Grunde. Die Einreihung der EURO 3-Fahrzeuge, die 2008 von einer günstigen Übergangsregelung profitieren, wird demnach geändert werden müssen. Diese Fahrzeuge werden nicht mehr in die günstigste, sondern in die mittlere Abgabekategorie eingereiht.

Wir erinnern daran, dass in Anwendung des Prinzips der Periodengerechtigkeit, welches das neue Rechnungsmodell auszeichnet, die in einem bestimmten Rechnungsjahr ausgewiesenen Einnahmen dem Gesamttotal der *Forderungen* des Bundes für das betreffende Jahr entsprechen und nicht den im betreffenden Jahr eingegangenen Zahlungsmitteln. In diesem Sinne werden die LSWA-Forderungen, die 2009 angefochten werden könnten, nicht vom veranschlagten Betrag abgezogen.

Die Budgetschätzung geht davon aus, dass die letzte Erhöhung des Abgabesatzes der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die per 1.1.2008 in Kraft trat, zusammen mit der ge-

planten Tarifierpassung die Optimierung des Warenverkehrs und die Erneuerung des Fahrzeugparks weiter vorantreiben werden, was wiederum dazu führen wird, dass sich der Anteil der weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen erhöht. Hingegen wird das erwartete Wirtschaftswachstum, selbst wenn es bescheiden ausfällt, eine Zunahme des Strassenverkehrs nach sich ziehen. Es wird mit Mehreinnahmen von insgesamt 50 Millionen gegenüber der aktuellen Schätzung für 2008 (1,4 Mrd.) gerechnet, welche angesichts der jüngsten verzeichneten Ergebnisse gegenüber dem Voranschlag nach oben korrigiert wurde.

Die Kantone erhalten rund ein Drittel und zwei Drittel kommen der Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte sowie anderen Infrastrukturprojekten im öffentlichen Verkehr zu Gute. Mit dem Restbetrag werden in erster Linie die Polizeikontrollen finanziert. Ab 2008 wird die Bundeskasse nicht mehr über einen Teil des Ertrags der LSWA verfügen, die zur Deckung der externen Kosten des Schwerverkehrs bestimmt war (R 2007: 150 Mio.).

Zölle

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Einfuhrzölle	1 040	980	1 000	20	2,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	1,8	1,7	1,7		

Die *Einfuhrzölle* sind einer langsamen Erosion ausgesetzt. Im Zuge verschiedener Freihandelsabkommen wurden die Steuersätze in den letzten Jahrzehnten schrittweise stark gesenkt oder sogar ganz aufgehoben. Die Zölle haben damit als Steuereinnahme des Bundes deutlich an Bedeutung verloren. 1970 entfielen noch 14 Prozent der Gesamteinnahmen auf die Einfuhrzölle. Heute sind dies nur noch 2,0 Prozent. Ihr Ertrag wird gegenwärtig kaum mehr vom Konjunkturverlauf beeinflusst. Die Zölle auf den Industrieprodukten wurden weitgehend abgebaut, so dass ein Grossteil der Zolleinnahmen heute aus der Besteuerung von Produkten stammt, die dem Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend entzogen sind, d.h. den landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Gemessen am Ergebnis 2007 und an den Zolleinnahmen der ersten Monate des Jahres 2008 erscheint die Schätzung für den Voranschlag 2008 aus heutiger Sicht zu tief; sie wurde deshalb nach oben korrigiert (1 030 Mio.). Gestützt auf diese Neubeurteilung beruht die Budgetschätzung für 2009 auf der Annahme einer erneuten Zunahme der Einfuhren von Industrieerzeugnissen (+1,0 %), bei einer gleichzeitigen Stagnation im Bereich der Agrarprodukte. Die beim Getreide und den Futtermitteln sowie in den Freihandelsabkommen mit Japan und Kanada vorgesehene Tarifreduktionen werden jedoch Mindereinnahmen nach sich ziehen, die bedeutender ausfallen werden als die wenigen Mehreinnahmen, mit denen dank der Zunahme des Aussenhandels gerechnet wird. Die Zolleinnahmen werden demnach im Vergleich zum Ergebnis 2007 und zum aktualisierten Betrag der Zunahme im Jahr 2008 sinken.

Spielbankenabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Spielbankenabgabe	449	432	482	50	11,6
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,8	0,7	0,8		

Die Schätzung für den Voranschlag 2009 basiert auf den effektiven Erträgen von 2007 und unterstellt in den Jahren 2008 und 2009 ein Einnahmenwachstum im Rahmen der angenomme-

nen Wirtschaftsentwicklung. Der Ertrag aus der Abgabe kommt – in Ergänzung zum ordentlichen Bundesbeitrag – mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Jahren der AHV zugute.

Lenkungsabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Lenkungsabgaben	156	151	151	0	0,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,3	0,3	0,3		
Lenkungsabgabe VOC	127	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	–	–	–	–
Altlastenabgabe	28	26	26	0	0,0

Der Ertrag aus der *Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOC)* verharrte in den Jahren 2006 und 2007 bei 127 Millionen. Das ausgebliebene Wachstum ist eine Folge der gewollt abschreckenden Wirkung dieser Lenkungsabgabe, die auch in Zukunft spürbar werden dürfte. Deswegen und auch wegen dem wirtschaftlichen Umfeld, das wenig Dynamik verheisst, dürfte der Ertrag aus diesen Abgaben im Jahr 2009 leicht unter dem für 2007 verzeichneten Niveau zu liegen kommen. Der Ertrag wird demnach im Vergleich zum für 2008 veranschlagten Wert unverändert bleiben. Gemäss Umweltschutzgesetz dürfen diese Einnahmen nicht in die Bundeskasse fliessen, sondern

müssen der Bevölkerung zurückerstattet werden. Die Rückzahlung erfolgt nach zwei Jahren, das heisst die Einnahmen aus dem Jahre 2008 werden im Jahr 2010 rückvergütet.

Die Einnahmen aus der *Abgabe zur Sanierung von Altlasten* wurden auf der Grundlage des durchschnittlichen Jahreswertes, der seit der Einführung der Abgabe erzielt wird, budgetiert.

Die Einnahmen aus der *CO₂-Abgabe auf Brennstoffen* werden im Band 1, Ziffer 232 / 21 dargestellt, da sie im Budgetjahr 2009 noch einen ausserordentlichen Charakter aufweisen.

112 Regalien und Konzessionen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Regalien und Konzessionen	1 345	1 258	1 302	44	3,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,2	2,2		
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	221	223	2	0,7
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlufs	45	28	43	15	54,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	193	154	178	24	15,6
Übrige Regalien und Konzessionen	50	22	25	3	14,2

Die Einnahmen aus *Regalien und Konzessionen* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 aufgrund von Mehreinnahmen aus dem Münzumschlufs und den *landwirtschaftlichen Kontingentsversteigerungen* etwas zu. Den 2007 verzeichneten hohen Wert werden sie jedoch voraussichtlich nicht erreichen. Der *Bundesanteil (90 %) am Reingewinn der Eidgenössischen Alkoholverwaltung* wurde aufgrund der jüngsten vorliegenden Ergebnisse gegenüber dem Vorjahresbudget leicht nach oben korrigiert. Was den Anteil des Bundes am *laufenden Gewinn der Schweizerischen Nationalbank (SNB)* angeht, so bleibt dieser unverändert, gemäss

der Gewinnausschüttungsvereinbarung, die am 5.4.2002 zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der SNB abgeschlossen wurde. Diese Vereinbarung legt wie bisher die jährliche Gewinnausschüttung auf insgesamt 2,5 Milliarden fest, wobei der Anteil des Bundes ein Drittel und derjenige der Kantone zwei Drittel beträgt. Die Einnahmen aus dem *Münzumschlufs* hingegen werden angesichts des erwarteten höheren Bedarfs in diesem Bereich zunehmen. Desgleichen dürften auch die Einnahmen aus den *landwirtschaftlichen Kontingents* infolge zusätzlicher Versteigerungen etwas höher ausfallen als der für

2008 budgetierte, relativ bescheidene Wert. Die übrigen *Abgaben und Konzessionen* stammen im Wesentlichen aus den *Konzessionsgebühren* im Telekommunikationsbereich; ihre Schät-

zung wurde nach der Totalrevision des einschlägigen Gesetzes einer Neuevaluation unterzogen.

113 Finanzeinnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Finanzeinnahmen	1 280	1 383	1 380	-4	-0,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,2	2,4	2,3		
Zinseinnahmen	664	659	527	-132	-20,0
Kursgewinne	92	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	509	707	845	138	19,5
Übrige Finanzeinnahmen	15	17	8	-10	-55,9

Ursache für die leichte Abnahme der Finanzeinnahmen gegenüber dem Vorjahr sind gegensätzliche Entwicklungen, da die Mehreinnahmen aus den Beteiligungen den Rückgang der Zinseinnahmen fast vollständig aufwiegen. Die Beteiligungseinnahmen übersteigen den Voranschlag 2008 (+138 Mio. oder +19,5%), was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sowohl die Gewinnablieferung der Post wie auch die Dividendenausschüttungen der Swisscom 2008 im Vergleich zu den veranschlagten Beträgen höher ausfallen (+100 Mio. bzw. +30 Mio.). In diesen Einnahmenkategorien wird nämlich keine Schätzung, sondern der tatsächliche Betrag des Vorjahres ins Budget eingestellt. Im Gegensatz dazu sinken die Zinseinnahmen im Vergleich zum Vorjahr von 659 auf 527 Millionen oder um -20,0 Prozent. Dieser Rückgang erklärt sich insbesondere durch die rückläufigen Erträge aus den Finanzanlagen. Hier verzeichnen die Erträge aus den Rückkäufen von Bundesobligationen vor Ablauf die stärkste Reduktion (-78 Mio. oder -75 %); das für 2009 veranschlagte Vo-

lumen dieser Erträge liegt deutlich unter demjenigen von 2008. Durch Rückkäufe von Bundesobligationen mit kurzen Restlaufzeiten können bei deren Ablauf Kommissionen auf Titel und Coupons eingespart werden. Da in diesem Segment deutlich weniger Rückkäufe vorgesehen sind und diese nur unter gewissen Marktbedingungen getätigt werden können, wurde ein geringerer Betrag ins Budget eingestellt. Die Erträge aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (-30 Mio.) und die Zinseinnahmen aus Bankguthaben (-22 Mio.) vervollständigen dieses Bild, obwohl der Rückgang dort weniger stark ausfällt. Die Abnahmen sind darauf zurückzuführen, dass tiefere Parameter (Volumen und Zinssätze) verwendet werden als im Vorjahr. Schliesslich verzeichnen auch die übrigen Zinseinnahmen, zu denen namentlich die Zinserträge aus Konten von Verwaltungseinheiten gehören, infolge tieferer Parameter (Volumen und Zinssätze) gegenüber 2008 eine rückläufige Entwicklung (-10 Mio. oder -56%).

114 Übrige laufende Einnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Übrige laufende Einnahmen	1 766	1 673	1 583	-89	-5,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,0	2,9	2,6		
Entgelte	1 391	1 239	1 222	-17	-1,4
Wehrpflichtersatzabgabe	138	129	135	6	4,3
Gebühren für Amtshandlungen	293	278	199	-79	-28,3
Verkäufe	201	155	162	7	4,6
Rückerstattungen	113	82	60	-22	-27,4
EU Zinsbesteuerung	121	122	169	47	38,9
Übrige Entgelte	524	472	496	24	5,1
Verschiedene Einnahmen	375	434	362	-72	-16,6
Einnahmen aus Liegenschaften	320	409	337	-73	-17,7
Übrige	56	24	25	1	2,6

Im Vergleich zum Voranschlag 2008 nehmen die *übrigen laufenden Einnahmen* ab. Innerhalb der einzelnen Finanzpositionen sind jedoch gegenläufige Tendenzen feststellbar.

Der Rückgang bei den *Gebühren für Amtshandlungen* begründet sich in zwei organisatorischen Änderungen. Einerseits entfallen die Erträge des *Bundesamtes für Privatversicherungen* sowie

der *Eidgenössischen Bankenkommision*, die beide per 2009 in die *Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)* ausgelagert werden. Andererseits wird die *Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen* per 2009 neu als öffentlich-rechtliche Anstalt in den 3. Kreis der Bundesverwaltung ausgegliedert. Im Voranschlag 2008 hatten diese drei Verwaltungseinheiten noch Gebühren-Einnahmen von über 80 Millionen budgetiert.

Die leichten Mehrerträge bei den *Verkäufen* resultieren aus der Preisentwicklung für die Verkäufe von Treibstoffen im Bereich der Verteidigung.

Die *EU-Zinsbesteuerung* wird auf den Zinserträgen der natürlichen Personen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat erhoben. Diese im Rahmen der Bilateralen II beschlossene Massnahme trat am 1.7.2005 in Kraft. Die Zinsbesteuerung erfolgt auf Grund der bis Ende Juni hinterlegten Zinsmeldungen und beruht auf den Vorjahreseinnahmen. Der Ertrag wird zu 75 Prozent an die Empfängerstaaten der EU ausbezahlt; der Restsaldo (25 %) fällt an die Schweiz, zur Deckung ihrer Erhebungskosten. Die Kantone haben Anspruch auf zehn Prozent des Schweizer Anteils. Der Ende Juni 2007 verbuchte Steuerrückbehalt (121 Mio. für den Bund) betraf zum ersten Mal ein ganzes Jahr, nämlich das Steuerjahr 2006. Der Wert, der für das Jahr 2008 in der Rechnung ausgewiesen werden wird und der bereits Ende Juni bekannt ist,

beläuft sich auf 147 Millionen statt wie budgetiert auf 122 Millionen. Im Voranschlag 2009 sind die Auswirkungen des per 1.7.2008 erhöhten Zinsbesteuerungssatzes zu berücksichtigen. An diesem Datum wurde der Satz gemäss Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU von 15 auf 20 Prozent erhöht. Die Einnahmen dürften aus diesem Grund im Vergleich zu 2008 leicht zunehmen (+22 Mio.).

Bei den *verschiedenen Einnahmen* ist hauptsächlich aufgrund der Mieten im ETH-Bereich ein Rückgang zu verzeichnen. Die Reduktion des Mietertrages gründet in einer neuen Berechnungsmethode des Bundesamtes für Bauten und Logistik. Während dem 2008 die Miete auf der Basis des Anlagewertes der Immobilien (Gebäude und Land) berechnet wurde, wird im Voranschlag 2009 bei den Gebäuden lediglich die Hälfte des Anschaffungswertes berücksichtigt, also der bei linearer Abschreibung durchschnittliche Kapitaleinsatz.

115 Investitionseinnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Investitionseinnahmen	365	207	188	-19	-9,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	0,6	0,4	0,3		
Veräusserung von Sachanlagen	74	42	42	1	1,4
Rückzahlung von Darlehen	289	165	145	-20	-12,0
Übrige Investitionseinnahmen	1	-	-	-	-

Die *Investitionseinnahmen* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 ab. Der Rückgang resultiert aus geringeren Einnahmen im Bereich der Wohnbauförderung bei der *Rückzahlung von Darlehen*. Das tiefe Hypothekarzinsniveau hat in den Vorjahren zu

vorzeitigen Rückzahlungen von Darlehen und Grundverbilligungs-Vorschüssen und somit zu einem geringeren Bestand der Geschäfte geführt.

12 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

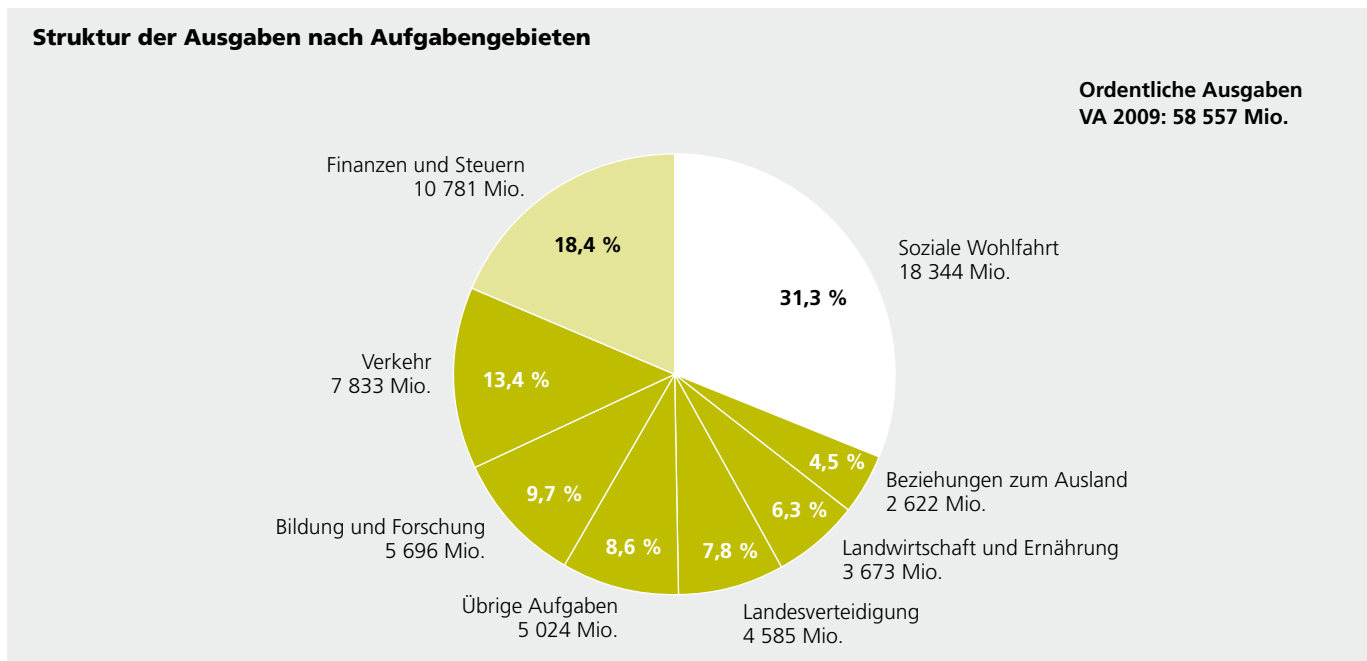
Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	53 965	56 854	58 557	1 703	3,0
Δ in % Vorjahr	3,0	5,4	3,0		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 396	2 456	60	2,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	813	894	960	66	7,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 274	2 486	2 622	136	5,5
Landesverteidigung	4 327	4 550	4 585	35	0,8
Bildung und Forschung (exkl. ETH-Mieten)	4 708	5 181	5 416	235	4,5
Kultur und Freizeit	460	423	393	-31	-7,2
Gesundheit	264	225	213	-12	-5,5
Soziale Wohlfahrt	16 933	17 605	18 344	740	4,2
Verkehr	7 349	7 603	7 833	230	3,0
Umweltschutz und Raumordnung	655	623	668	45	7,3
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 566	3 673	107	3,0
Wirtschaft	398	426	334	-91	-21,4
Finanzen und Steuern	9 753	10 515	10 781	266	2,5

Die Ausgaben des Bundes wachsen gegenüber dem Voranschlag 2008 um 1,7 Milliarden (+3,0 %). Der Zuwachs entfällt knapp zur Hälfte auf Beiträge des Bundes an die Sozialwerke (AHV, IV, EL, ALV) bzw. an die Prämienverbilligung in der Krankenversiche-

rung. Diese nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 um rund 800 Millionen zu. Zu einem Viertel ist das Wachstum sodann einnahmenbedingt, betrifft also reine Durchlaufposten (Kantonsanteile an Bundeseinnahmen, Mehrwertsteuerprozent für

die AHV, Spielbankenabgabe). Diese Ausgaben wachsen insgesamt um 450 Millionen. Das letzte Viertel des Ausgabenwachstums entfällt auf alle anderen Tätigkeiten des Bundes. Dieser «Resthaushalt» legt gegenüber dem Voranschlag 2008 um netto knapp 470 Millionen bzw. 1,3 Prozent zu, wobei der Bereich Bildung und Forschung, welchem der Bundesrat im Rahmen der

Aufgabenüberprüfung eine hohe Priorität eingeräumt hat, mit 235 Millionen den grössten Anteil beansprucht. Dieses Bild widerspiegelt sich auch in der Struktur der Bundesausgaben, wo die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern mit gut 30 bzw. knapp 20 Prozent rund die Hälfte der Ausgaben ausmachen.



121 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	16 933	17 605	18 344	740	4,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,4	31,0	31,3		
Altersversicherung	7 984	9 327	9 862	534	5,7
Invalidenversicherung	4 492	3 685	3 825	140	3,8
Krankenversicherung	2 263	1 837	1 888	50	2,7
Ergänzungsleistungen	711	1 059	1 190	132	12,4
Militärversicherung	232	252	249	-3	-1,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	313	396	83	26,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	110	129	129	1	0,4
Migration	791	951	752	-199	-20,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	48	52	53	1	2,4

Die Ausgaben im Aufgabenbereich *Soziale Wohlfahrt* nehmen gegenüber dem Vorjahr um 740 Millionen zu (+4,2 %). Dieses Wachstum ist vor allem auf die Aufgaben Alters- und Invalidenversicherung sowie auf die Ergänzungsleistungen zurückzuführen. Bei der Migration dagegen sind deutliche Minderausgaben gegenüber dem Vorjahresbudget zu verzeichnen.

Die Ausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* setzen sich zusammen aus dem ausgabenprozentualen Beitrag des Bundes an die AHV von 19,55 Prozent, dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie den Erträgen aus der Spielbankenabgabe. Die AHV-Ausgaben werden im Voranschlag

2009 auf 36 Milliarden geschätzt. Gegenüber dem Voranschlag 2008 steigt der Bundesbeitrag somit um knapp 400 Millionen auf 7 035 Millionen (+6,0 %). Die Ausgaben bestehen zu rund 99 Prozent aus Rentenleistungen und Hilflosenentschädigungen. Das Ausgabenwachstum wird daher bestimmt durch die Zunahme des Rentnerbestandes, also die demografische Entwicklung, und durch die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung. Im Rahmen des zweijährigen Anpassungsrythmus werden die Renten und Hilflosenentschädigungen im Jahr 2009 voraussichtlich um 3,2 Prozent erhöht. Daneben trägt die demografische Entwicklung 2,7 Prozentpunkte zum Ausgabenwachstum bei. Im Weiteren transferiert der Bund 83 Prozent

des Mehrwertsteuerertrags aus dem AHV-Demografieprozent an die Versicherung. Dieser Transfer fällt rund 90 Millionen höher als im Vorjahresbudget aus. Schliesslich überweist der Bund auch die Erträge aus der Spielbankenabgabe an die Versicherung, wobei der AHV anfangs 2009 die Einnahmen des Jahres 2007 gutgeschrieben werden. Diese Mittelzuweisung liegt rund 40 Millionen über dem Vorjahresbudget.

Von den Kosten der *Invalidenversicherung* von schätzungsweise 10 Milliarden trägt der Bund 37,7 Prozent. In der Hauptsache verteilen sich die Ausgaben der Versicherung auf Geldleistungen (7,6 Mrd.) und Leistungen im Rahmen von individuellen Massnahmen (1,4 Mrd.). Die restlichen Ausgaben betreffen Beiträge an Institutionen und Organisationen, Durchführungs- und Verwaltungskosten sowie die Zinslast. Infolge Unterfinanzierung der Versicherung wird für das Jahr 2009 ein Defizit in der Grössenordnung von 1,6 Milliarden erwartet. Bei einem Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von schätzungsweise 14,5 Milliarden per Ende 2009 beträgt der Zinsaufwand für die IV knapp 380 Millionen. Gemäss seinem Anteil trägt der Bund 143 Millionen davon. Der Ausgabenzuwachs von 3,8 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2008 ist vor allem auf die Erhöhung der Renten und Hilflosenentschädigungen um voraussichtlich 3,2 Prozent zurückzuführen.

Der Bund leistet Beiträge an die Kantone für deren Aufwendungen bei den *Ergänzungsleistungen* (EL). Er beteiligt sich an jenem Teil der jährlichen EL, welcher der Existenzsicherung dient, und übernimmt dabei 5/8 der Kosten. Die übrigen Aufwendungen wie auch die Krankheits- und Behinderungskosten werden von den Kantonen getragen. Der Bund richtet den Kantonen eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Bei den zuhause lebenden Personen entspricht die ganze jährliche Ergänzungsleistung der Existenzsicherung. Bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen Ergänzungsleistung aus. Der markante Sprung der Ausgaben von 12,4 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2008 lässt sich im Wesentlichen auf eine Neuschätzung der Kosten der Existenzsicherung bei Heimbewohnerinnen und -bewohnern und die Neuordnung der Pflegefinanzierung (höhere Vermögensfreibeträge) zurückführen. Weil die aufgrund der Neuschätzung der Aufwendungen für die Existenzsicherung entstehenden Mehrkosten des Bundes in der Globalbilanz zur NFA nicht berücksichtigt sind, ist diesem Umstand bei der Erarbeitung des Wirksamkeitsberichts zur NFA respektive bei der Überprüfung der Globalbilanz Rechnung zu tragen.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabakbesteuerung* werden 2009 mit 2 290 Millionen veranschlagt, rund 13 Millionen mehr als im Voranschlag 2008. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten in der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 470 Millionen. Mit diesen für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL bestimmten Einnahmen können 23 Prozent der Bundesausgaben gedeckt werden, 1 Prozentpunkt weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Das im Voranschlag 2009 im Vergleich zu den vergangenen Jahren tief liegende Ausgabenwachstum von 2,7 Prozent ist durch die zu hohe Schätzung der Aufwendungen im Voranschlag 2008 verzerrt. Bereinigt um diesen Effekt nimmt die Prämienverbilligung im Budget 2009 um 4,5 Prozent gegenüber 2008 zu. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Beitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommenschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinöV-Anteile) verwendet, was für 2009 einen budgetierten Betrag von rund 900 Millionen ergibt. Die zweckgebundenen Mittel decken damit gegen 50 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* stellt der Bundesbeitrag an den Arbeitslosenversicherungsfonds die grösste Ausgabenkomponente dar. Die Ausgaben weisen im Vergleich zum Vorjahresbudget einen Zuwachs von 83 Millionen (+27 %) auf. Diese markante Steigerung ergibt sich insbesondere daraus, dass sich die Kürzung des Bundesbeitrags – von 0,15 auf 0,12 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme – gemäss Entlastungsprogramm 2004 im Jahr 2008 noch auswirkt und ab 2009 wieder wegfallen wird (+75 Mio.). Der Anstieg der Lohnsumme führt zu einem Ausgabenwachstum von weiteren 7 Millionen.

Die für den Aufgabenbereich *sozialer Wohnungsbau/Wohnbauförderung* im Jahr 2009 budgetierten Mittel von 129 Millionen werden zu rund zwei Dritteln zur Finanzierung der Zusatzverbilligung von Mietzinsen verwendet. Da die Subventionsberechtigungen sukzessive auslaufen und seit Anfang 2002 auch keine neuen Subventionsverpflichtungen eingegangen werden, sinken diese Ausgaben gegenüber dem Vorjahresbudget. Die Zahlungskredite zur Förderung von gemeinnützigen Bauträgern wurden im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 bis 2008 sistiert. Im Voranschlag 2009 werden wiederum Kredite für indirekte Bundeshilfen in der Höhe von 5 Millionen budgetiert. Aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklung der Teilaufgaben verändert sich der gesamte Bereich gegenüber dem Voranschlag 2008 nur unwesentlich (+0,4 %).

Im Bereich *Migration* geht der Mittelbedarf im Voranschlag 2009 gegenüber dem Vorjahr stark zurück. Der Grund liegt darin, dass 2008 mit dem Inkrafttreten des revidierten Asylgesetzes einmalig hohe ordentliche Zusatzkosten von 148 Millionen anfielen, nebst ausserordentlichen Ausgaben von 122 Millionen, die aber in der oben stehenden Tabelle nicht enthalten sind. Zudem kommen in diesem Jahr bereits die Einsparungen infolge der im 2008 ergriffenen Massnahmen des revidierten Asylgesetzes zum Tragen. Nichtsdestotrotz ist in verschiedenen Bereichen mit Mehrausgaben zu rechnen. Aufgrund der längeren Aufenthalts-

dauer in den Empfangszentren sowie der Durchführung sämtlicher Anhörungen von Asylsuchenden durch den Bund erhöht sich der Mittelbedarf bei den Betriebskosten der Empfangszentren um 6 Millionen. Dieser mit dem revidierten Asylgesetz verbundene Mehraufwand fällt bereits im laufenden Jahr an, was jedoch im Voranschlag 2008 nicht in ausreichendem Mass be-

rücksichtigt werden konnte. Ein zusätzlicher Mittelbedarf in der Höhe von 11 Millionen wird überdies im Flüchtlingsbereich bei den Sozialhilfe-, Betreuungs- und Verwaltungskosten aufgrund der Zunahme des Bestandes an anerkannten Flüchtlingen budgetiert. Mehrkosten verursacht schliesslich auch die informatikseitige Umsetzung von Schengen/Dublin.

122 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Finanzen und Steuern	9 753	10 515	10 781	266	2,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	18,1	18,5	18,4		
Anteile an Bundeseinnahmen	5 750	3 820	4 073	253	6,6
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 003	3 971	3 905	-66	-1,7
Finanzausgleich	-	2 724	2 803	79	2,9

Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

18,4 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben entfallen auf die Ausgaben für die Aufgabengruppe *Finanzen und Steuern*. Ihre Zunahme gegenüber dem Vorjahr (+2,5 %), die geringer ausfällt als diejenige der ordentlichen Gesamtausgaben (+3,0 %), ist das Ergebnis gegensätzlicher Entwicklungen: Die Erhöhung der Anteile an den Bundeseinnahmen (+235 Mio.) sowie der mit den neuen Instrumenten des Finanzausgleichs vorgenommenen Transferzahlungen (+79 Mio.) auf der einen Seite gleicht die rückläufigen Zinslasten und Emissionskosten auf der anderen Seite (-66 Mio.) bei weitem aus.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich berücksichtigen sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA). Die Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen erklärt sich hauptsächlich mit den Mehreinnahmen aus der direkten Bundessteuer, bedingt durch die in den vergangenen zwei Jahren günstige Konjunktur (vgl. Band 1, Ziffer 232.1). Die nach oben korrigierte Schätzung der LSVA in Verbindung mit der Anhebung des Steuersatzes, welche zusammengenommen den Kantonsanteil gegenüber dem Vorjahr um 29 Millionen oder 6,6 Prozent erhöhen, tragen ebenfalls zur Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen bei. Der Anteil an der Verrechnungssteuer (293 Mio.) und der Gesamtbetrag der Debitorenverluste bei Mehrwertsteuer, Zöllen und LSVA (insgesamt 253 Mio.) bleiben gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Die gegenüber dem Voranschlag 2008 sinkenden *Kosten für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* (-66 Mio. oder -1,7 %) sind auf die rückläufigen Ausgaben nicht nur für die Passivzinsen, sondern auch für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie zurückzuführen. Für den Rückgang der Passivzinsen sind mehrere Faktoren verantwortlich. Zum einen sinkt die Zinslast auf Anleihen, einschliesslich der Agios/Disagios, im Vergleich zum Vorjahr um 71 Millionen, bedingt durch die starke Verringerung des Emissionsvolumens im Jahr 2008 (erstmalig 2009 verzinslich), was zu einer Nettozurückzahlung von Anleihen führte. Der Voranschlag 2009 sieht zum ersten Mal ein Disagio von 26 Millionen vor; es trägt zur Erhöhung der Zinslast bei und verringert sogar den Vorsprung, der durch den Rückgang des Anleihenvolumens gewonnen werden konnte. Im Übrigen verzeichnet der Zinsaufwand aus den Geldmarktbuchforderungen einen Rückgang von 48 Millionen, bedingt durch die Abnahme des Emissionsvolumens im Vergleich zum Vorjahr sowie die rückläufige Zinsentwicklung. Ferner verzeichnen auch die Geldmarktkredite, die im Allgemeinen der Deckung des kurzfristigen Tresoreriebedarfs dienen, im Zuge der Abnahme des Emissionsvolumens einen Rückgang um 19 Millionen. Schliesslich verringern sich durch Fälligkeiten von Zinsswaps und aufgrund der Strategie, die im Hinblick auf einen erneuten Zinsanstieg angewendet wird, deren Kosten um 14 Millionen; sie betragen noch 48 Millionen. Die oben erwähnten Reduktionen werden durch die Zunahme der übrigen Zinsbelastung, zu der die Depotkonten der Bundesbetriebe gehören (+79 Mio.), etwas gemildert. Bei den Festgeldern übersteigen die erwarteten Zinslasten den 2008 veranschlagten Wert (+23 Mio.), weil namentlich im ETH-Bereich neue Anlagen budgetiert wurden. Vervollständigt wird das Bild durch die wachsende Zinslast zu Gunsten der Sparkasse Bundespersonal (+8 Mio.), die ihren Ursprung im Wachstum der Einlagen hat, welche 2,5 Milliarden erreichen dürften, sowie schliesslich durch den wachsenden übrigen Zinsaufwand, zu dem die Verrechnungssteuer der 2009 fälligen Anleihen gehört, welche ursprünglich mit einem Disagio (+16 Mio.) emittiert worden war. Die Aufwendungen der Bundestresorerie für Kommissionen, Abgaben und Gebühren im Zusammenhang mit den Anleihen verzeichnen in erster Linie deshalb einen Rückgang, weil das Volumen der Emissio-

nen abnahm. Zur Erinnerung: Die Kommissionen sind im Zeitpunkt der Ausgabe für die ganze Laufzeit der Mittelbeschaffung geschuldet.

Was den in diesem Aufgabenbereich budgetierten *Finanzausgleich* anbelangt, so belaufen sich die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen-, des Lasten- und des Härteausgleichs insgesamt auf 2 803 Millionen, d.h. sie nehmen gegenüber 2008 um 79 Millionen (+2,9 %) zu. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Res-

sourcenausgleich (1 858 Mio.) wächst um 3,3 Prozent (+59 Mio.), parallel zu Entwicklung des Ressourcenpotenzials aller Kantone von 2008 bis 2009. Die Festlegung des Lastenausgleichs 2009 ergibt sich aus der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung (Mai 2007 – Mai 2008: 2,9 %). Die gesamte Mittelausstattung beläuft sich auf 702 Millionen Franken (2008: 682 Mio.). Die eine Hälfte ist für den geografisch-topografischen Lastenausgleich bestimmt (351 Mio.) und die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich (351 Mio.). Schliesslich bleibt der 2008 geleistete Anfangsbetrag des Härteausgleichs (243 Mio.) im Jahr 2009 unverändert, weil beim Übergang zum Zahlungsjahr 2009 kein einziger ressourcenschwacher Kanton in die Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselte.

123 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut %	
Verkehr	7 349	7 603	7 833	230	3,0
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,6	13,4	13,4		
Strassenverkehr	2 751	2 617	2 612	-5	-0,2
Öffentlicher Verkehr	4 507	4 881	5 115	234	4,8
Luftfahrt	90	105	105	1	0,5

Das Aufgabengebiet Verkehr wächst im gleichen Ausmass wie der Gesamthaushalt (+3 %) und weist im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 230 Millionen auf. Während der Strassenverkehr praktisch unverändert bleibt, steigen die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr deutlich an. Ausschlaggebend für diese ungleichgewichtige Entwicklung sind einerseits der Infrastrukturfonds, andererseits erhöhte Einlagen in den FinöV-Fonds.

Beim Strassenverkehr setzt sich die in der Gesamtbetrachtung stabile Entwicklung wie folgt zusammen:

- Der direkt aus der Bundesrechnung finanzierte Betrieb, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen steigt um 43 auf 1 609 Millionen. Demgegenüber sinkt der Anteil der Nationalstrassen an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds um 40 auf 337 Millionen, weil diese 2009 in einem grösseren Umfang für die dringlichen Schienenprojekte im Agglomerationsverkehr verwendet wird. Diese in der Aufgabensicht geringere Einlage wirkt sich jedoch nicht auf die Ausgaben des Infrastrukturfonds zugunsten der Nationalstrassen aus: diese sind mit 950 Millionen auf dem gleichen Niveau wie 2008 geplant (vgl. Sonderrechnung Infrastrukturfonds, Band 4). Die Differenz von 613 Millionen (zwischen den Ausgaben von 950 Mio. und der Einlage von 337 Mio.) wird der 2008 geleisteten Ersteinlage in den Infrastrukturfonds belastet.
- Die Ausgaben für die Hauptstrassen nehmen um 1 Million auf 206 Millionen zu. Dieser Betrag enthält die zunehmend in Form von Globalbeiträgen geleisteten Hauptstrassenbeiträge (164 Mio.) sowie die via Infrastrukturfonds ausgerich-

teten Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen.

- Mit 67 Millionen liegen die ebenfalls aus dem Infrastrukturfonds getätigten Ausgaben für die übrigen Strassen um rund 16 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Auch die Verkehrstrennungsmassnahmen verzeichnen einen Rückgang von 6 Millionen, da die noch vor dem Übergang zur NFA zugesicherten Projekte allmählich auslaufen. Aufgrund neuer Einnahmenschätzungen bei den Mineralölsteuern sowie bei der Nationalstrassenabgabe steigen demgegenüber die allgemeinen Strassenbeiträge an die Kantone um 13 Millionen.

Einnahmen und Ausgaben des zweckgebundenen Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» sind im vorliegenden Band in Tabelle B43 dargestellt. Mit dem resultierenden positiven Saldo von 52 Millionen erreicht die Spezialfinanzierung per Ende 2009 voraussichtlich einen Stand von 2 177 Millionen.

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr steigen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an (234 Mio. bzw. +4,8 %). Der Anstieg ist grösstenteils auf Mehrausgaben für den Ausbau der Infrastruktur und beim Unterhalt des bestehenden Netzes zurückzuführen:

- Die Eisenbahngrossprojekte (1 583 Mio.) tragen am meisten zum Ausgabenwachstum bei: Allein die Einlage in den FinöV-Fonds steigt um 138 auf 1 576 Millionen. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), der Mehrwertsteuer sowie der Mineralölsteuer. Bei der LSVA ist der Ertragszuwachs in Höhe von 58 auf 938 Millionen zum einen

auf die Zunahme der Transportleistung und zum andern auf die Umklassierung der die Abgasnorm EURO3 erfüllenden Fahrzeuge in die nächsthöhere Abgabekategorie zurückzuführen. Die Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille wachsen konjunkturell bedingt um 20 auf 326 Millionen. Die Mineralölsteuereinlagen für 25 Prozent der Bauaufwände der NEAT-Basislinien erhöhen sich gegenüber dem Budget 2008 infolge der beginnenden Bauarbeiten am Ceneri-Basistunnel und der Inbetriebsetzungsphase für den Gotthard-Basistunnel um 60 auf 312 Millionen.

- Im Bereich der Bahninfrastruktur ist die Erhöhung um 80 auf 2 427 Millionen mehrheitlich auf die Mehrausgaben des Infrastrukturfonds für dringliche Schienenprojekte im Agglomerationsverkehr zurückzuführen. Verschiedene dieser Projekte (u.a. Glattalbahn, Métro M2 Lausanne, Stadtbahn Zug, Tram Cornavin-Meyrin-CERN) weisen einen fortgeschrittenen Realisierungsstand auf, weshalb die Zahlungsbe-

dürfnisse gegenüber 2008 um 61 Millionen zunehmen. Weitere 19 Millionen Mehrausgaben stammen aus dem Bereich Bau und Unterhalt der Infrastruktur der SBB sowie der Privatbahnen.

Die Abgeltung für den regionalen Personenverkehr (RPV) steigt um rund 18 Millionen auf 775 Millionen. Dies ist auf die raschere Anschaffung moderner Rollmaterials sowie auf Angebotserweiterungen insbesondere in den Agglomerationen zurückzuführen. Die Ausgaben für die Güterverkehrsverlagerung sinken demgegenüber leicht um 3 Millionen auf 307 Millionen.

Der Aufgabenbereich Luftfahrt bleibt gegenüber 2008 stabil. Drei Viertel der Ausgaben bestehen aus Verwaltungsaufwand (Personal- und Sachaufwand). Der Rest wird für Beiträge an internationale Zivilluftorganisationen und Sicherheitsmassnahmen (Safety und Security) aufgewendet.

124 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Landesverteidigung	4 327	4 550	4 585	35	0,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,0	8,0	7,8		
Militärische Landesverteidigung	4 231	4 453	4 487	33	0,7
Nationale Sicherheitskooperation	95	97	98	1	1,4

Gegenüber 2008 nehmen die Ausgaben für die Landesverteidigung um 35 Millionen (+0,8 %) zu. Ihr Anteil an den ordentlichen Ausgaben beträgt 7,8 Prozent, was einem Rückgang um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Voranschlag 2008 entspricht. Das Aufgabengebiet umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation (Bevölkerungsschutz), wobei die Militärische Landesverteidigung rund 98 Prozent (4 487 Mio.) der für die Landesverteidigung zur Verfügung stehenden Mittel beansprucht.

In der Militärischen Landesverteidigung enthalten sind auch die Ausgaben im Rahmen der «Internationalen militärischen Kooperation, Friedenserhaltung». Dazu gehören u.a. Beiträge der Schweiz an die UNO, welche um 15 Millionen zurückgehen. Klammert man diesen Rückgang aus, nehmen die Ausgaben für die Militärische Landesverteidigung gegenüber 2008 um rund 48 Millionen zu (+1,1 %).

Dieser Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus drei gegenläufigen Entwicklungen:

- Betriebsausgaben (+172 Mio.): Um den logistischen Betrieb der Armee im Jahr 2009 aufrecht zu erhalten, wurden innerhalb des Verteidigungsbereichs namhafte Beträge von den Rüstungs- zu den Betriebsausgaben verlagert.
- Investitionsausgaben (+79 Mio.): Die Zunahme ist insbesondere auf die erhöhten Preise bei den Brenn- und Treibstoffen zurück zu führen.

- Rüstungsausgaben (-204 Mio.): Zur Überbrückung der finanziellen Engpässe in der logistischen Leistungserbringung der Armee wurden im Kredit Rüstungsmaterial rund 148 Millionen weniger budgetiert als im Vorjahr. Zudem wurden die beiden Voranschlagskredite Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (AEB) und Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) zugunsten des Ersatzmaterial- und Instandhaltungsbudgets um insgesamt 56 Millionen reduziert.

Im Zusammenhang mit dem Armeeleitbild XXI wurde für den Verteidigungsbereich u.a. eine deutliche Senkung der Betriebsausgaben (weniger Armeeingehörige) zugunsten der Investitionen angestrebt. Die Armee hat sich allerdings (gemessen an den Diensttagen) im Vergleich zur Armee 95 nicht verkleinert. Gleichzeitig erhöhen die komplexer werdende Technologie der Systeme und deren intensivere Nutzung die Anforderungen an den Betrieb zusätzlich. Die Betriebsausgaben konnten daher bis heute nicht im gewünschten Ausmass gesenkt werden.

Das Verhältnis zwischen den Betriebs- (Personal-, Sach- und Transferausgaben, inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) wird sich mit dem vorliegenden Budget 2009 im Gegenteil zu lasten des Zweiteren verschlechtern: Es wird neu bei 66 zu 34 Prozent liegen, während das Verhältnis im Voranschlag 2008 noch 63:37 beträgt.

125 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Vorschlag 2008	Vorschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Bildung und Forschung	4 978	5 542	5 696	154	2,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,2	9,7	9,7		
Bildung und Forschung (exkl. ETH-Mieten)	4 708	5 181	5 416	235	4,5
Berufsbildung	518	591	621	30	5,1
Hochschulen (exkl. ETH-Mieten)	1 491	1 621	1 704	83	5,1
Grundlagenforschung (exkl. ETH-Mieten)	1 672	1 882	1 980	98	5,2
Angewandte Forschung (exkl. ETH-Mieten)	967	1 055	1 081	26	2,5
Übriges Bildungswesen	60	31	29	-2	-6,5

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung (exkl. ETH-Mieten) weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 235 Millionen (+4,5 %) auf. Für die Bildung werden 2 355 Millionen oder rund 43 Prozent aufgewendet, während die Forschung 57 Prozent der Mittel beansprucht.

Mietaufwendungen des ETH Bereichs: Der ETH-Bereich bezahlt für die Unterbringung in Immobilien des Bundes Miete. Dem Mietaufwand – der dem ETH-Bereich vom Bund ohne Anrechnung an den Zahlungsrahmen zur Verfügung gestellt wird – steht ein Mietertrag (BBL) in gleicher Höhe gegenüber. Der Vorgang ist mit keinen Geldflüssen verbunden. Die Miete wird vom BBL auf Basis eines kalkulatorischen Kapitalzinssatzes und dem Wert der genutzten Immobilien zuzüglich Verwaltungskosten berechnet. Im Betrachtungszeitraum sind beim Wert der genutzten Immobilien Anpassungen vorgenommen worden (Restatement). Dieser Umstand führt zu grossen Veränderungen in der Höhe der Miete (R2007: 269,9 Mio.; VA2008: 361,1 Mio.; VA2009: 280,2 Mio.) und entsprechenden Verzerrungen. Die nachstehenden Erklärungen erfolgen aus diesem Grund unter Ausblendung der Mietaufwendungen des ETH-Bereichs.

Abgrenzung des Aufgabengebietes zu den Krediten der BFI-Botschaft: Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (58 Mio.) und weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 271 Mio.) nicht im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. Diese Kredite wachsen im Vergleich zum Vorjahr um 11 Millionen (+4,0 %). Der überwiegende Teil der Kredite dieses Aufgabenbereichs ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft (94 %). Diese Kredite wachsen im Vorjahresvergleich um 224 Millionen (+3,3 %). Diese Rate liegt unter dem vom Parlament in der BFI-Botschaft 2008-2011 beschlossenen Zuwachs von durchschnittlich 6,2 Prozent pro Jahr. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Zuwachs nicht gleichmässig auf die Beitragsperiode verteilt ist und von 2007 auf 2008 überdurchschnittlich hoch war (+7,8 %). Die Aufwendungen im Zusammenhang mit den EU-Forschungsrahmenprogrammen wachsen im Vorjahresvergleich lediglich um 2,6 Prozent. Für das nächste Jahr (2010) wird die Zunahme jedoch auf knapp 12 Prozent ansteigen. Zusätzlich wurden die Beiträge an die ESA 2008 aufgrund von Wechselkursanpassungen zugunsten der Folgejahre aufgestockt.

Die *Berufsbildung* weist ein überproportional starkes Wachstum von 30 Millionen auf (+5,1 %). Dieser Zuwachs ist in erster Linie auf die Steigerung der Pauschalbeiträge an die Berufsbildung zurückzuführen (+36 Mio.) zurückzuführen. Dieses starke Engagement ist die Folge der beabsichtigten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand. Demgegenüber ist bei den Innovations- und Projektbeiträgen ein Rückgang zu verzeichnen (-8 Mio.). Diese wurden in den Vorjahren jeweils mangels Projektgesuchen nicht ausgeschöpft.

Die Beiträge an die *Hochschulen* wachsen mit 83 Millionen (+5,1 %) überdurchschnittlich. Hierbei steht namentlich die Aufstockung der projektgebundenen Beiträge an die kantonalen Hochschulen (+19 Mio.) – mit dem Ziel eine wirtschaftliche Aufgabenteilung und Kooperationen zwischen den Hochschulen zu stärken – im Vordergrund. Um die angestrebte Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu unterstützen, wachsen die Grundbeiträge an die kantonalen Hochschulen ebenfalls mit 19 Millionen. Ein weiterer Bereich, welcher substantiell zu den Mehrausgaben beiträgt, sind die Beiträge an die Bildungs- und Jugendprogramme der EU (+13 Mio.). Die Beiträge an den ETH-Bereich verzeichnen einen Zuwachs von 12 Millionen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Grossteil der Bundesbeiträge an den ETH-Bereich der Grundlagenforschung zugerechnet wird.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und der angewandten Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die *Grundlagenforschung* weisen im Vorjahresvergleich mit 5,2 Prozent (+98 Mio.) sowohl absolut als auch prozentual die höchste Wachstumsrate auf. Diese umfasst beispielsweise die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, einen Teil der Leistungen an internationale Organisationen wie das CERN oder die europäische Raumfahrtbehörde ESA sowie rund 60 Prozent des Bundesbeitrags an den ETH-Bereich. In vier Bereichen sind substantielle Zuwächse zu verzeichnen: Die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF wachsen mit 10,1 Prozent (+60 Mio.). Einerseits schlagen sich in dieser Zuwachsrate die per 2009 erstmals eingeführten Overhead-Abgeltungen (+37 Mio.) nieder, andererseits ist es das Ziel des Bundes, die kompetitiv vergebenen Forschungsmittel zu erhöhen und damit die Schweizerische Forschung in ihrer Leistungsfähigkeit und Exzellenz weiter zu stärken. Der ETH-Bereich weist prozen-

tual einen Zuwachs von knapp 3 Prozent auf (+27 Mio.). Zwei weitere Bereiche mit einem hohen Zuwachs sind einerseits das CERN aufgrund eines Sonderbeitrags 2009 (+6 Mio.) sowie die Institutionen nach Art. 16 des Forschungsgesetzes (Schweizerisches Tropeninstitut, Institut Suisse de Bioinformatique, etc.; +3 Mio.).

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich ein Teil der Ausgaben des ETH-Bereichs, der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, der ESA, der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Die angewandte Forschung weist einen im Vergleich zu den restlichen Bereichen des Aufgabengebiets unterproportionalen Zuwachs von 26 Millionen (+2,5 %) auf.

Während die Beiträge an die KTI (+7 Mio.), den ETH-Bereich (+7 Mio.), das EU-Forschungsrahmenprogramm (+7 Mio.), die bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit (+4 Mio.) und das neu geschaffene humantoxikologische Institut (+2 Mio.) zu einer Ausweitung der Mittel beitragen, sind bei den Beiträgen an die ESA – wegen einer 2008 zugunsten der Folgejahre vorgenommenen Aufstockung – Minderausgaben zu verzeichnen (-5 Mio.).

Das übrige Bildungswesen weist eine Abnahme von 2 Millionen aus (-6,5 %). Ursache ist die Integration von Science et Cité in den Verbund der Akademien (-2,6 Mio.). Diese sind der Grundlagenforschung zugeordnet.

126 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 566	3 673	107	3,0
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,7	6,3	6,3		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	256	277	281	4	1,6
Produktion und Absatz	627	629	524	-105	-16,8
Direktzahlungen	2 596	2 554	2 758	204	8,0
Übrige Ausgaben	122	106	111	4	4,0

Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung weist im Vergleich zum Vorjahr Mehrausgaben von 107 Millionen (+3,0 %) auf. Die Zunahme der Ausgaben ist schwergewichtig auf die von den eidg. Räten beschlossene Mittelaufstockung im Rahmen der Agrarpolitik 2011 (+50 Mio.) sowie auf den Systemwechsel im Bereich der Marktstützung zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 2009 werden in der Marktstützung letzte, nachschüssige Zahlungen von rund 40 Millionen fällig, mit denen die Aufwendungen aus dem Vorjahr finanziert werden. Diese Belastungen betreffen die Beihilfen im Pflanzenbau und in der Milchwirtschaft. Ab 2009 soll die entsprechende Agrarstützung über Direktzahlungen erfolgen, was im Voranschlag 2009 teilweise Doppelzahlungen des Bundes zur Folge haben wird.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Parlamentsbeschlüsse zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) wurden drei neue Zahlungsrahmen für die Jahre 2008-2011 verabschiedet. Unter Berücksichtigung der NFA betragen diese insgesamt 13 652 Millionen: Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1 885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Gut 75 Prozent oder 2 758 Millionen der Agrarausgaben werden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung in diesen Aufgabenbereich ist. Diese Ausrichtung der Agrarpolitik findet ihren Niederschlag in einem Wachstum der Direkt-

zahlungen von über 200 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2008. Mit Ausgaben von 2 165 Millionen fliesst der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Die restlichen 593 Millionen werden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. Der Bundesrat hat die entsprechenden Direktzahlungsansätze, die schwergewichtig per 1.1.2009 in Kraft gesetzt werden sollen, im Rahmen des zweiten Verordnungspaktes zur AP 2011 am 25.6.2008 beschlossen.

Die Ausgaben der *Marktstützung* umfassen die Massnahmen der Absatzförderung, der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Dieser Ausgabenbereich nimmt im Vergleich zum Budget 2008 um 105 Millionen oder rund 17 Prozent ab, womit der Anteil an den Landwirtschaftsausgaben noch rund 14 Prozent beträgt. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen reduzieren sich insbesondere die Ausgaben im Milchbereich um 68 Millionen gegenüber dem Vorjahr und betragen neu noch 282 Millionen. Basierend auf den Parlamentsbeschlüssen zur AP 2011 werden ab 2009 zur Milchpreisstützung keine Inland- und Ausfuhrbeihilfen, sondern nur noch Zulagen für verkäste Milch und für silagefreie Fütterung ausgerichtet. Als Folge der Mittelumlagerung durch die AP 2011 reduzieren sich auch die Ausgaben zugunsten des Pflanzenbaus um rund 24 Millionen.

Die Massnahmen der *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2008 um insgesamt 4 Millionen zu, wobei sich in beiden Bereichen un-

terschiedliche Entwicklungen ergeben. Die Grundlagenverbesserungen, deren Ausgaben schwergewichtig auf die Aufwendungen für Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen entfallen, reduzieren sich um 5 Millionen gegenüber dem Vorjahresbudget. Die Ausgaben für die Sozialmassnahmen nehmen dagegen um rund 10 Millionen zu, was auf die Zusatzaufwendungen für die Familienzulagen in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Mit den Beschlüssen des Parlaments zur AP 2011 wurden die Einkommensgrenzen elimi-

niert. Zudem erhöhen sich die Ansätze der Kinderzulagen für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmende.

Bei den *Übrigen Ausgaben* sind im Bereich der Verwaltung Mehrausgaben von rund 4 Millionen budgetiert. Diese sind insbesondere auf höhere IT-Investitionen sowie auf zusätzliche Aufwendungen im Personalbereich (Teuerungsausgleich, Reallohnerhöhung) zurückzuführen.

127 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 274	2 486	2 622	136	5,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,2	4,4	4,5		
Politische Beziehungen	613	656	704	48	7,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 559	1 641	1 702	60	3,7
Wirtschaftliche Beziehungen	71	82	83	1	0,8
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	30	106	133	27	25,3

27 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor *politische Beziehungen*. Er umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an die internationalen Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, usw.), die Sitzstaatspolitik, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie weitere Bereiche wie den Beitrag an die SRG-Sendungen für das Ausland. Der Mehrbedarf für diesen Bereich beträgt beinahe 48 Millionen. Diese Entwicklung erklärt sich mit dem Mehrbedarf von ungefähr 20 Millionen für das Personal (Ressourcenaufstockung im Konsularbereich für die Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen, Reform des Zulagensystems, Lohnmassnahmen), 26 Millionen für neue Infrastrukturleistungen für die internationalen Organisationen mit Sitz in Genf (u.a. Renovation des WTO-Sitzes) sowie 3 Millionen für die Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte. Umgekehrt sinkt der Bedarf für den Pflichtbeitrag an die Organisation der Vereinten Nationen infolge der Besonderheit der Dreijahresverrechnung der friedenserhaltenden Operationen der UNO, die dazu führt, dass im letzten Jahr nur 6 Monate in Rechnung gestellt werden.

Auf den Sektor *Entwicklungshilfe* (Süd- und Ostländer) entfallen 65 Prozent der Ausgaben dieses Bereichs. Er umfasst die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken, die Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen und einen Grossteil der Hilfeleistungen an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD als solche anerkannt werden. Gegenüber dem Voranschlag 2008 verzeichnet dieser Aufgabenbereich eine ungebrochene Zunahme in Höhe

von 3,7 Prozent. Sie widerspiegelt die Bedeutung, die der Bund den Programmen zur Armutsbekämpfung beimisst sowie die Kontinuität der auf diesem Gebiet unternommenen Anstrengungen, damit das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), ausgedrückt in Prozenten des Bruttosozialprodukts, nicht unter 0,40 Prozent fällt. Mit einer Erhöhung von 60 Millionen für den gesamten Bereich dürfte dieses Ziel 2009 erreicht werden. Fast zwei Drittel der Zunahme sind auf den Entscheid der Schweiz zurückzuführen, sich an der Wiederauffüllung des Fonds der Internationalen Entwicklungsgesellschaft und am Afrikanischen Entwicklungsfonds zu beteiligen, was auch einen Beitrag an die multilaterale Entschuldung einschliesst (beinahe 40 Mio.). Die übrigen Erhöhungen betreffen alle Instrumente.

Etwas mehr als 3 Prozent des Aufwands für diesen Bereich entfallen auf den Sektor *wirtschaftliche Beziehungen*. Er umfasst zur Hauptsache die Beiträge an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich, namentlich die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und die Welthandelsorganisation (WTO). Gegenüber dem Vorjahresbudget nimmt der Aufwand für diesen Bereich global um 0,8 Prozent zu.

Der Bereich *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU*, auf den 5 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen, umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsionsvertrag). Im Vergleich zum Voranschlag 2008 nimmt der Aufwand in diesem Aufgabenbereich um beinahe 27 Millionen zu. Diese Zunahme entspricht vollumfänglich den für die Kohäsion bestimmten Mitteln.

128 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut %	
Übrige Aufgabengebiete	4 751	4 987	5 024	37	0,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,8	8,8	8,6		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 396	2 456	60	2,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	813	894	960	66	7,4
Kultur und Freizeit	460	423	393	-31	-7,2
Gesundheit	264	225	213	-12	-5,5
Umweltschutz und Raumordnung	655	623	668	45	7,3
Wirtschaft	398	426	334	-91	-21,4

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete des Bundes belaufen sich auf rund 8,6 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Vergleich zum Voranschlag 2008 weisen sie per saldo einen Anstieg um 37 Millionen oder 0,7 Prozent aus. Diese Wachstumsrate wird allerdings verzerrt durch die Auslagerung der Finanzmarktaufsicht und der Aufsicht über die Kernanlagen. Unter Ausklammerung dieses Effektes beträgt das Wachstum 2,5 Prozent. In den einzelnen Aufgabengebieten entwickeln sich die Ausgaben unterschiedlich.

Im Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* steigen die Ausgaben um 60 Millionen gegenüber dem Vorjahresbudget an (+2,5 %). Dieser Anstieg entfällt zu einem grossen Teil auf die Informatik (+22 Mio.). Grund für diesen Mehraufwand sind die erhöhten und neu zentral eingestellten IKT-Investitionen für das Programm der Büroautomation. Ein Wachstum von rund 14 Millionen ist bei den Ausgaben für den personalintensiven Bereich der Steuern und Abgaben zu verzeichnen, was im Wesentlichen Folge der Lohnmassnahmen ist. Hinzu kommen die Mehrausgaben bei der Statistik von rund 8 Millionen, die hauptsächlich durch den zum Teil temporären personellen Mehrbedarf aufgrund der Bilateralen Verträge II, der Lohnstrukturerhebung und des Projektes der Unternehmensidentifikationsnummer hervorgerufen werden.

Ein markantes Ausgabenwachstum von rund 66 Millionen (+7,4 %) muss für das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* budgetiert werden. Mehr als die Hälfte dieser Mehrausgaben verzeichnet die Aufgabe Polizeidienste und Strafverfolgung (+38 Mio.). Das Wachstum wird insbesondere durch die Umsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens, die Unterstützung der zivilen Behörden beim Schutz ausländischer Vertretungen und Investitionen in die IKT-Infrastruktur verursacht. Der Zuwachs von 22 Millionen bei der personalintensiven Aufgabe der Grenzkontrollen ist hauptsächlich auf die Lohnmassnahmen zurückzuführen.

Einen Rückgang der Ausgaben um 31 Millionen (-7,2 %) verzeichnet das Gebiet *Kultur und Freizeit*. Einerseits fallen die einmaligen Mehrausgaben des Jahres 2008 für die Euro 08 weg

(-37 Mio.). Andererseits steigen die Ausgaben für die Aufgabe Kulturerhaltung gegenüber dem Voranschlag 2008 um rund 6 Millionen (+2 Mio. Bibliotheken, +4 Mio. Museen).

Minderausgaben von 12 Millionen (-5,5 %) ergeben sich auch im Aufgabengebiet *Gesundheit*. Dieser Rückgang resultiert vor allem aus der auslaufenden Anschaffung des Präpandemieimpfstoffs im Jahr 2008 mit Ausgaben von 18,5 Millionen, die im Budget 2009 nicht mehr anfallen. Dieser Effekt wird durch die neu budgetierten Ausgaben für die Impfkampagne «Blauzungenkrankheit» im Jahr 2009 in der Höhe von 3,7 Millionen teilweise kompensiert.

Das Ausgabenwachstum von 45 Millionen (+7,3 %) im Gebiet *Umweltschutz und Raumordnung* ist zur Hälfte auf die intensivierten Hochwasserschutzmassnahmen (+11 Mio.) und den einmaligen Beitrag des Bundes zur Behebung der Umweterschäden im Jahr 2005 des Kantons Obwalden zurückzuführen (+14 Mio.). Zudem fallen Mehrausgaben im Bereich Naturschutz von 5 Millionen für das Projekt «Pärke von nationaler Bedeutung» an. Bei der Aufgabe Umweltschutz sind Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem am 1.4.2006 erfolgten Beitritt zur Europäischen Umweltagentur und für die Entsorgung von radioaktiven Abfällen (Beitrag an Nagra) von insgesamt rund 7 Millionen zu verzeichnen.

Im Aufgabengebiet *Wirtschaft* sinken die Ausgaben um 91 Millionen (-21,4 %). Mit der Gründung der Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA) werden die Eidg. Bankenkommission, das Bundesamt für Privatversicherung und die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei organisatorisch zusammengeführt. Die FINMA wird als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechnung ausgestaltet. Die Einnahmen und Ausgaben werden somit nicht mehr über den Bundeshaushalt geführt. Dies führt zu Minderausgaben von rund 60 Millionen gegenüber dem Budget 2008. Ebenfalls verselbständigt und in eine öffentliche rechtliche Anstalt des Bundes umgewandelt wird die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen. Dies hat Minderausgaben in der Höhe von rund 30 Millionen zur Folge.

13 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Auswirkungen einer konjunkturellen Verschlechterung

Das für die Budgetierung unterstellte Konjunkturszenario entspricht der Juni-Prognose der Expertengruppe des Bundes für Konjunkturprognosen. Die unterstellte Prognose enthält bereits Elemente einer Abkühlung, insbesondere im Finanzsektor. Letzterer trug in den vergangenen Jahren massgeblich zum Wirtschaftswachstum bei (2004-2007 über 20 %). Die für die Budgetierung verwendeten Prognosen der Expertengruppe rechnen mit einer besonders ausgeprägten Abschwächung bei den Ausföhren von Finanzmarktdienstleistungen.

Zurzeit sind jedoch die konjunkturellen Risiken und Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Wirtschaft unüblich hoch. Eine drastische Verschlechterung der Konjunktur im Jahr 2009 mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bundeseinnahmen und -ausgaben kann nicht ausgeschlossen werden. Die EFV hat daher ein konjunkturelles «Bad-case»-Szenario berechnet, in dem eine noch realistische aber drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung simuliert wurde: Dem Szenario wurden als Annahmen anhaltende Bewertungs- und Bonitätsprobleme im Bankensektor unterstellt, welche sich negativ auf makroökonomische Grössen auswirken – vorab in den USA; ferner eine Verschärfung der Hypotheken-Krise in den USA mit einem weiteren Preiszerfall im Immobilienbereich, eine verstärkte weltweite Vertrauens- und Solvenzkrise im Finanzsektor und dadurch steigende Risikoprämien und eine allgemein restriktivere Kreditvergabe sowie ein weiterer Kursrückgang an den Aktienmärkten.

Im Voranschlagsjahr 2009 wären die Auswirkungen auf die Einnahmen beziehungsweise den finanzpolitischen Handlungsspielraum noch begrenzt. Einerseits machen sich Mindereinnahmen erst mit einer Verzögerung im Bundeshaushalt bemerkbar. Andererseits kompensieren der Konjunkturfaktor und ausgabenseitig die Einnahmenanteile Dritter die einnahmenseitige Auswirkung auf den finanzpolitischen Handlungsspielraum zu weiten Teilen. Der eingestellte strukturelle Überschuss sollte sich nur wenig verändern. Der Einfluss eines «Bad-case»-Szenarios würde vor allem in den Finanzplanjahren bemerkbar. Gemäss den Modellrechnungen würde die Verschlechterung des finanzpolitischen Handlungsspielraums zwischen 1,5 und 2 Milliarden betragen. Die im Finanzplan eingestellten strukturellen Überschüsse würden daher nicht ausreichen, um diese Verschlechterung aufzufangen.

Ein spezielles Problem bei der Modellierung der Auswirkungen einer konjunkturellen Verschlechterung stellt die Verrechnungssteuer dar. Eine konjunkturelle Kehrtwende könnte zu einer Reduktion der Eingänge föhren, während gleichzeitig hohe Rückerstattungen für die noch hohen Eingänge des Vorjahres zu

verzeichnen wären. Die daraus resultierende Reduktion ist kurzfristig und dürfte in den Folgejahren weniger ausgeprägt sein. Die Verrechnungssteuer stellt für die Budgetierung denn auch einen Sonderfall dar, weil die Einnahmen erfahrungsgemäss aufgrund von Sonderfaktoren immer sehr stark schwanken können. Aus diesem Grund wird bei der Budgetierung ein langfristiger Durchschnittswert eingesetzt.

Die Probleme im Finanzsektor scheinen bisher noch keine unerwartet drastischen realwirtschaftlichen Auswirkungen zu zeitigen. Stattdessen könnten allerdings anhaltend hohe Rohstoffpreise zu einer Lohn- und Preisspirale föhren, welche die Zentralbanken zu einer restriktiven geldpolitischen Haltung zwingt. Damit verbundene höhere Zinsen könnten die Probleme des Finanzsektors wiederum verstärken.

Inflation und Bundesfinanzen

Der weltweite Anstieg des Preisniveaus wirft die Frage nach den Auswirkungen einer verstärkten Inflation auf die Bundeseinnahmen und -ausgaben auf. Gemäss einer empirischen Untersuchung der Eidg. Finanzverwaltung wirkt sich ein Anstieg des allgemeinen Preisniveaus bei den *Einnahmen* in Form von Mehreinnahmen aus, die aber prozentual geringfügiger ausfallen als der zugrunde liegende Preisanstieg. Dies liegt insbesondere daran, dass einzelne Einnahmenkomponenten mengenabhängig sind und nicht direkt vom jeweiligen Preisniveau abhängen, so zum Beispiel die Mineralölsteuer oder die Einfuhrzölle. Bei der Einkommenssteuer wirkt sich die Inflation durch die progressiven Steuersätze kurzfristig überproportional aus, der periodische Ausgleich der Auswirkungen der kalten Progression kompensiert dies in der längeren Frist jedoch wieder.

Bei den *Ausgaben* wirkt sich die Inflation grundsätzlich ebenfalls erhöhend aus. Erfahrungsgemäss fällt die Erhöhung etwa im gleichen Ausmass aus wie die Preiserhöhung. Dabei kann die Anpassung an die Inflation über Automatismen erfolgen oder aber über diskretionär getätigte Entscheidungen. Am grössten ist der diskretionäre Spielraum im Eigenbereich und bei den Rüstungsausgaben. Etwas geringer ist der Spielraum im Transferbereich, inklusive Investitionsbeiträge. Als Beispiele sind die Beiträge an die AHV und an die IV zu nennen. Kein Spielraum besteht bei den Passivzinsen – welche aufgrund der zumeist langfristigen Verschuldung aber verzögert reagieren – und bei den einnahmenabhängigen Anteilen Dritter. Werden einzelne Ausgaben nicht an ein höheres Preisniveau angepasst, so kommt dies einem realen Rückgang gleich.

Der unterproportionale Anstieg der Einnahmen in Verbindung mit der proportionalen Zunahme der Ausgaben macht den Bund also eher zum «Inflationsverlierer», das heisst es ist mit einer Reduktion des finanzpolitischen Handlungsspielraums zu rechnen.

14 Querschnittsfunktionen

141 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Personalaufwand	4 492	4 616	4 803	186	4,0
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten¹	4 389	4 525	4 705	180	4,0
Legislative	61	65	67	3	4,2
Entschädigungen für Parlamentarier	32	35	37	3	7,5
Personalaufwand ¹	28	30	30	0	0,7
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	-25,0
Judikative	116	129	128	-1	-0,9
Bezüge Bundesrichter ¹	34	34	35	-	1,2
Personalaufwand ¹	81	94	92	-2	-1,6
Übriger Personalaufwand	1	1	1	-	-
Exekutive	4 030	4 119	4 065	-54	-1,3
Bezüge BR und BK	4	4	4	-	-
Bezüge Kommissionen	1	2	1	-1	-37,5
Personalaufwand ¹	3 926	3 991	3 927	-63	-1,6
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	47	48	60	12	24,6
Übriger Personalaufwand	53	75	73	-2	-2,1
Global- und Spezialkredite	151	150	383	234	155,9
Bundesratsreserve	-	0	-	0	-100,0
Erwerbsbehinderte ¹	-	12	13	0	1,6
Hochschulpraktikanten ¹	-	6	6	1	10,7
Lernende ¹	-	13	13	0	0,8
Lohnmassnahmen ²	-	5	106	101	1 863,0
Arbeitgeberbeiträge global ³	-	13	208	195	1 473,5
Arbeitgeberleistungen ⁴	151	101	38	-62	-62,0
Umstrukturierungen	31	63	62	-1	-2,2
Sozialplan	31	63	36	-27	-42,9
Vorruhestand	-	-	26	26	100,0
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	103	91	97	6	6,7
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	103	91	97	6	6,7
Personalausgaben	4 462	4 616	4 803	186	4,0

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 V08 verbleibender Kreditrest; V09 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen.

3 R07 dezentralisiert; V08 für zentral eingestellte Kredite reserviert; V09 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert.

4 VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88i BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsunfähigkeit, Altlasten PKB (Prozessrisiken).

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt budgetiert und bewirtschaftet werden.

Gegenüber dem Voranschlag 2008 steigt der *Personalaufwand* um 186 Millionen (+4,0 %). Er begründet sich vorab durch Aufstockungen bei den Global- und Spezialkrediten (Lohnmassnahmen 2009). Allerdings sind beim Vergleich mit dem Voranschlag 2008 mehrere Strukturbrüche zu berücksichtigen. Sie erklären insgesamt 92 Millionen des Aufwandanstiegs:

- Die im Nachtrag I/08 bewilligten Personalaufwände (Teuerungsausgleich, Reallohnerhöhung, Personalmassnahmen im Verteidigungsbereich) sind in den Vergleichswerten zum Voranschlag 2008 nicht enthalten (+62 Mio.).

- Die Reallohnerhöhung und der Teuerungsausgleich wurde im Jahr 2008 nur für ein halbes Jahr gewährt, fallen im 2009 jedoch ganzjährig an (+95 Mio.).

- Die 2008 gewährte Einmalzulage entfällt im Voranschlagsjahr 2009 (-38).

- Die Mehraufwendungen bei den Arbeitgeberbeiträgen infolge des Primatwechsels fallen 2009 für das ganze Jahr an, während sie im Vorjahr nur halbjährig eingestellt sind (+30 Mio.).

- Im Jahr 2009 werden mehrere Verwaltungseinheiten ausgegliedert (-57 Mio.).

Klammert man diese Sonderfaktoren aus, reduziert sich das Wachstum des Personalaufwands auf gut 2,0 Prozent.

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative nimmt – aufgrund der leicht gestiegenen Entschädigungen für Parlamentarier – um 2,7 Millionen zu.

Judikative

Die Bezüge der Richter und der Personalaufwand der Judikative bleiben gegenüber dem Vorjahr in etwa stabil.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2008 um 53,6 Millionen (-1,3 %) ab. Diese Abnahme begründet sich primär mit der Ausgliederung des Bundesamts für Privatversicherungen, der Eidg. Bankenkommission, der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen in den dritten Kreis aus. Dies führt zu einer Abnahme des Personalaufwandes von rund 57 Millionen.

In Bezug auf den Stellenbestand stellt das Jahr 2008 einen Wendepunkt dar. Ursprünglich konnte aufgrund der Planungen der Departemente von 2008 auf 2009 von einem weiteren Abbau von rund 500 Stellen ausgegangen werden. Das aktuelle Zahlenwerk im Voranschlag 2009 lässt jedoch den Schluss zu, dass stattdessen per Saldo von einem leicht höheren Stellenbestand ausgegangen werden muss. Hauptfaktoren für diese neue Entwicklung ist die Korrektur des Abbauziels im VBS (Sistierung des Abbaus in der Logistikbasis der Armee) sowie verschiedene Beschlüsse der eidg. Räte und des Bundesrates, welche sich 2009 stellenseitig auswirken. Im EDA wurden im Zusammenhang mit der Verstärkung des konsularischen Aussennetzes (Schengen/Dublin), der Eingliederung des Residenzpersonals im Lokalpersonal und der Überarbeitung des Zulagensystems rund 23,5 Millionen aufgestockt. Im Bundesamt für Migration wurden – hinsichtlich Schengen/Dublin – 2,5 Millionen mehr eingestellt. Weiter hat der Bundesrat im Rahmen der Gesamtbeurteilung der Ressourcen im Personalbereich aufgrund neuer, zusätzlicher Aufgaben (z.B. Sicherstellung des Aufgabenvollzugs im BAV; Nationales Tabakpräventionsprogramm; Umsetzung des geologischen Tiefenlagers etc.) Aufstockungen in der Höhe von 12 Millionen bewilligt. Davon wurden jedoch rund 7,5 Millionen ausserhalb des Personalaufwandes kompensiert und sind somit haushaltsneutral, wirken sich aber auf den Stellenbestand aus.

Global- und Spezialkredite*Bundesratsreserve*

Nach Abschluss der letztjährigen *Gesamtbeurteilung im Ressourcenbereich* war die Bundesratsreserve nahezu aufgebraucht, so dass noch rund 100 000 in der Bundesratsreserve verbleiben. Mit der diesjährigen Gesamtbeurteilung im Ressourcenbereich wurde die Bundesratsreserve auf Null ausgebucht und die nötigen Mittel wurden über den ordentlichen Budgetweg angebeht.

Hochschulpraktikanten

Der Kredit für Hochschulpraktika wächst im Voranschlag 2009 um eine halbe Million auf insgesamt 6,2 Millionen an. Ziel der Hochschulpraktika ist es, den Hochschulabgängern einen ersten Praxiseinstieg zu ermöglichen. Aufgrund der Reform der Bildungslandschaft (Stichwort: Bologna) und der dadurch weiter gestiegenen Nachfrage nach Praktikumsplätzen, hat der Bundesrat eine nochmalige moderate Aufstockung dieser Mittel beschlossen. Hinzu kommt, dass auch die Bundesverwaltung im zunehmenden Kampf um junge Talente konkurrenzfähig bleiben muss und entsprechende Rekrutierungsgefässe in Form von Praktika anbieten muss.

Lohnmassnahmen

Der Bundesrat hat am 9.4.2008 eine Kaderlohnmassnahme¹ per 1.1.2009 beschlossen. Der Lohn- und Pensionskassenvergleich zeigte auf, dass sich ab dem mittleren Kaderbereich (ab Lohnklasse 24) die Lohnschere zwischen Bund und Privatwirtschaft öffnet. Diese Entwicklung spitzt sich beim höheren Kader und Topkader weiter zu. Ausserdem bestätigte der Vergleich, dass die Mitarbeitenden des Bundes generell höhere Beiträge an die berufliche Vorsorge leisten als die Mitarbeitenden der Vergleichsorganisationen. Dies, obgleich sich die Leistungen der Pensionskasse PUBLICA eher im Mittelfeld bewegen. Insgesamt schafft die vorgesehene Kaderlohnmassnahme eine substantielle Verbesserung der Entlohnung der Kader, welche mit Blick auf den Arbeitsmarkt dringend notwendig ist.

Sodann hat der Bundesrat in den Lohngesprächen vom 13.5.2008 den Spitzen der Personalverbände für 2009 einen vollen Teuerungsausgleich in Aussicht gestellt. Die derzeitigen Prognosen des Bundesamtes für Statistik gehen von einer Jahresendteuerung von 1,8 Prozent aus.

Die Mittel für die Lohnmassnahmen 2009 im Umfang von 100 Millionen (Kaderlohnmassnahme: 40 Mio. / Teuerungsausgleich: 60 Mio.) sind im Zahlenwerk enthalten. Ausserdem sind – wie oben erwähnt – die Mittel für die Realloohnerhöhung 2008 im Voranschlag 2009 bereits enthalten und führen deshalb gegenüber dem Voranschlag 2008 ebenfalls zu einer Erhöhung von 40 Millionen.

Arbeitgeberbeiträge

Die *Arbeitgeberbeiträge* erhöhen sich insgesamt um 53 Millionen. Mehraufwendungen im Umfang von rund 30 Millionen entstehen mit dem Primatwechsel per *Mitte* 2008: Im Voranschlag 2008 waren diese Kosten nur hälftig (ab 1.7.2008) berücksichtigt. Ab 2009 fallen diese Kosten jedoch für das ganze Kalenderjahr an. Die übrige Zunahme der Arbeitgeberbeiträge in der Höhe von 23 Millionen ist auf die Entwicklung der Personalbezüge (Lohnmassnahmen und stellenseitige Aufstockungen) zurück zu führen.

¹ Kaderlohnmassnahme: Beschlossen ist, die Löhne der Angestellten der Lohnklassen 24 - 29 um 2,5 Prozent und jene der Lohnklassen 30 - 38 um 5 Prozent zu erhöhen.

Arbeitgeberleistungen

Die *Arbeitgeberleistungen* reduzieren sich um rund 62 Millionen. Diese Veränderung resultiert aus dem Systemwechsel bei den vorzeitigen Altersrücktritten für besondere Personalkategorien nach Artikel 33 Bundespersonalverordnung (BPV)². Diese Leistungen werden nun nicht mehr unter dem Kredit Arbeitgeberleistungen, sondern wegen der so genannten Vorruhestandsregelung nach Artikel 34 BPV unter dem Kredit Vorruhestand (25,6 Mio.) budgetiert. Der starke Kostenrückgang ist jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung. Mit der zunehmenden Dauer der neuen Regelung werden die Aufwendungen über die nächsten drei Jahre wieder kontinuierlich ansteigen und im Jahr 2011 in etwa auf dem Niveau von 2007 zu liegen kommen. Dies, weil dann erstmals drei volle Jahrgänge im Genuss der Vorruhestandsregelung sein werden.

142 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber-/ -nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen seit der Einführung des NRM auch sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2009 auf 443 Millionen. Daneben erbringen die LE IKT-Leistungen in geringem Umfang auch ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung; diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Ertrag: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (313 Mio.). Es folgen FUB (210 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), ISC EJPD (70 Mio.) und IDZ EDA (36 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCEco des EVD (15 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.
- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

² SR 172.220.III.3

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	22	20	16	-4	-20,0
Ertrag aus Informatikleistungen	22	8	6	-2	-25,0
Übriger Ertrag	-	12	10	-2	-16,7
Aufwand	702	878	967	89	10,1
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	226	250	264	14	5,6
Sach- und Betriebsaufwand	418	539	594	55	10,2
Hardware Informatik	51	72	62	-10	-13,9
Software	29	53	53	-	-
Informatik Betrieb/Wartung	95	91	116	25	27,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	121	221	274	53	24,0
Telekommunikation	57	48	39	-9	-18,8
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	66	54	50	-4	-7,4
Abschreibungen	58	89	109	20	22,5
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	64	135	136	1	0,7
Investitionen Informatiksysteme	56	106	92	-14	-13,2
Investitionen Software	8	29	44	15	51,7
Ausgaben	648	896	965	69	7,7
Finanzierungswirksamer Aufwand	583	761	829	68	8,9
Investitionsausgaben	64	135	136	1	0,7

Der Sach- und Betriebsaufwand im IKT-Bereich enthält folgende Komponenten:

Hardware Informatik	Nicht aktivierbare Hardware (unter Fr. 5 000) wie PC, Drucker, Zubehör
Software	Nicht aktivierbare Software (unter Fr. 100 000) und Lizenzgebühren.
Informatik Betrieb/Wartung	Betrieb, Wartung und Reparatur von Hardware und Anwendungen; Miete bzw. Leasinggebühren
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	Von Dritten erbrachte Informatikdienstleistungen, Honorare
Telekommunikation	Anschlusskosten und Gebühren Telekommunikationsleistungen
übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	Mieten, Büromaterial, Transport, Spesen und sonstiger Betriebsaufwand

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer sinkt gegenüber dem Voranschlag 2008 um 20 Prozent (4 Mio.) auf 16 Millionen. Dieser finanzierungswirksame Ertrag wird vom BIT und vom ISC EJPD mit Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic) sowie für Massnahmen im Zusammenhang mit Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs erzielt. Der Rückgang erklärt sich mit dem Abschluss eines Grossprojekts beim BIT (Informatiksystem für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds). Im Weiteren musste die Einnahmenschatzung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs im ISC EJPD aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre um 2 Millionen nach unten angepasst werden.

Der budgetierte *Aufwand* für die Informations- und Kommunikationstechnologien steigt gegenüber dem Voranschlag 2008 um 89 Millionen an (+10,1 %). Von dieser Erhöhung entfallen

7 Millionen auf die Leistungserbringer und 82 Millionen auf die Leistungsbezüger. Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes³ steigt von 9,8 % im Voranschlag 2008 auf 10,5 % Voranschlag 2009.

Von diesen 89 Millionen sind 23 Millionen auf einen technisch bedingten Strukturbruch zurückzuführen: Die Aufwendungen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) für Informatikanwendungen im Nationalstrassenbereich werden neu als Informatikaufwand ausgewiesen (Betrieb und Abschreibungen, +14 Mio.). Beim BIT fallen aufgrund von verbesserten Berechnungsgrundlagen zusätzlich Abschreibungen von 9 Millionen an. Unter Ausklammerung dieser Sonderfaktoren beträgt das Aufwandswachstum 66 Millionen (+7,5 %). Es lässt sich namentlich mit dem Programm Schengen/Dublin (+17 Mio.), dem Projekt «IN-

³ Funktionsaufwand = Summe der Kontengruppen 30 Personalaufwand, 31 Sach- und Betriebsaufwand und 33 Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen abzüglich 314 Aufwand Nationalstrassen und 337 Abschreibungen Nationalstrassen.

SIEME» (Gesamterneuerung der Fachanwendungen der ESTV, +15 Mio.), dem Projekt definitive Einführung des biometrischen Passes (+14 Mio.), dem Projektaufwand für das Programm Büroautomation Bund (+12 Mio.) und zusätzlichen Aufwendungen für Applikationen der Zollverwaltung (+8 Mio.) erklären.

Bei den erwähnten Vorhaben Schengen/Dublin, Biometriepass und Büroautomation Bund handelt es sich um Grossprojekte, für die ein Grossteil des Aufwands im Jahre 2009 anfällt. Gemäss Finanzplanung wird das Aufwandwachstum im IKT-Bereich in den Folgejahren durch den Wegfall dieser Projektaufwände mit ca. 2 Prozent jährlich bedeutend moderater ausfallen.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der LE um 14 Millionen ist hauptsächlich bedingt durch Personalstellen beim BIT. Dieser Mehraufwand wird intern kompensiert durch die Umwandlung von Beratermandaten in feste Anstellungsverhältnisse, was kostengünstiger ist. Der *Sach- und Betriebsaufwand* nimmt um 55 Millionen zu. Dies ist einerseits auf die Zunahme des Beratungsaufwands für neue Projekte (+53 Mio.), andererseits auf den neu als IKT-Betriebsaufwand berücksichtigten Betriebsaufwand der Fachanwendungen im Bereich Nationalstrassen des ASTRA (+9 Mio.) sowie einer Erhöhung des Betriebsaufwands für Fachanwendungen der EZV (+6 Mio.) zurückzuführen. Diesen

Erhöhungen steht Minderaufwand bei der Hardwarebeschaffung (V-Bereich -5 Mio. und Bundesversammlung -3 Mio.) sowie bei der Telekommunikation (-9 Mio.) beim BIT gegenüber, der v.a. auf den billigeren Einkauf von Telekommunikationsleistungen am Markt zurückzuführen ist. Die *Abschreibungen* steigen um 20 Millionen. Das BIT weist, wie oben erwähnt, 9 Millionen zusätzliche Abschreibungen aus. 5 Millionen fallen neu beim ASTRA an. Eine Zunahme von 3 Millionen betrifft Abschreibungen beim Bundesamt für Polizei v.a. für die Projekte Biometriepass und Schengen/Dublin.

Die *Investitionsausgaben* sind praktisch gleich hoch wie im Voranschlag 2008 (+1 Mio. bzw. +0,7 %). Von den Investitionsausgaben von total 136 Millionen entfallen 50 Millionen auf die Leistungserbringer und 86 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die *Ausgaben* steigen insgesamt um 69 Millionen. Die Ausgaben von 965 Millionen setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (829 Mio.) und den Investitionsausgaben (136 Mio.). Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht finanzierungswirksamer Aufwand (Abschreibungen 109 Mio.) minus LV Aufwand der Leistungserbringer (29 Mio.).

Die *Investitionsausgaben* im IKT-Bereich beinhalten folgende Komponenten:

Investitionen Informatiksysteme	Aktivierbare Hardware über Fr. 5 000 wie PC, Netzwerkdruker, Server, Netzwerke, Netzwerkkomponenten und Storage.
Investitionen Software	Aktivierbare Software (Kauf, Lizenzen über Fr. 100 000; Eigenentwicklungen über Fr. 1 Million).

143 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Die benötigten Devisen im Bereich USD und EUR werden für das Budgetjahr mittels Termingeschäften an den Devisenmärkten gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresoreriemittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Im Jahr 2009 wird die Bundestresorerie Mittel für folgende Zahlungsbedürfnisse abdecken: Für den Vorschuss an den Fonds für Eisenbahngrossprojekte werden voraussichtlich 0,3 Milliarden benötigt. Zudem sind 0,6 Milliarden für den Abbau der Ersteinlage an den Infrastrukturfonds geplant. Diesem Zahlungsbedarf stehen jedoch nebst dem Finanzierungsüberschuss folgende Zuflüsse gegenüber. Erstens plant die ALV Darlehen im Betrag von 0,3 Milliarden an den Bund zurückzuzahlen. Zweitens sind aus den CO₂-Abgaben ausserordentliche Einnahmen von 230 Millionen geplant. Drittens wird bei der Sparkasse des Bundespersonals mit einem Zufluss von 80 Millionen gerechnet.

Insgesamt wird damit nach jahrelangem Netto-Finanzierungsbedarf in Milliardenhöhe im 2009 mit einem *Netto-Mittelüberschuss* von rund 1,2 Milliarden gerechnet. Mit diesem Überschuss und einer Verringerung der zurzeit relativ hohen Tresoreriebestände kann ein deutlicher Schuldenabbau finanziert werden. Der Schuldenabbau erfolgt bei den Anleihen, dem wichtigsten Geldbeschaffungsinstrument der Bundestresorerie, wo eine Nettozurückzahlung von 6,2 Milliarden geplant ist. Bei Fälligkeiten von insgesamt rund 10 Milliarden ergibt dies für 2009 Neuemissionen in der Höhe von 4 Milliarden. Der Stand der ausstehenden Anleihen wird damit Ende 2009 rund 88 Milliarden betragen. Bei den Geldmarktbuchforderungen wird mit einem Volumen von 12,9 Milliarden per Ende 2009 gerechnet. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner

mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des *Devisen-Bewirtschaftungskonzepts* wird die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2009 von rund 500 Millionen EUR und rund 400 Millionen USD beschaffen beziehungsweise absichern. Weiter sichert die Bundestresorerie laufend Spezialfinanzierungen in USD und EUR ab.

144 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Beratungsaufwand	468	272	267	-5	-1,9
Allgemeiner Beratungsaufwand	384	246	248	1	0,5
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	84	17	12	-5	-32,0
Kommissionen	0	9	8	-1	-12,1
Beratungsaufwand	468	272	267	-5	-1,9

Unter «Beratungsaufwand» werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- (a) deren *Empfänger der Bund* ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit); und
- (b) die einen Beitrag zur *Optimierung von Bundesaufgaben* leisten: Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Der Beratungsaufwand umfasst ausschliesslich finanzierungswirksame Ausgaben. Er geht im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent zurück; teuerungsbereinigt entspricht dies einem Rückgang von über 3 Prozent. Einem geringen Anstieg beim allgemeinen Beratungsaufwand (+0,5 %) stehen deutliche Rückgänge beim Beratungsaufwand für Unselbständige (-32,0 %) und bei den Kommissionen (-12,1 %) gegenüber.

Der Anstieg um 1,2 Millionen beim *allgemeinen Beratungsaufwand* ist auf gegenläufige Bewegungen zurückzuführen:

- Bei den Sozialversicherungen werden neu die Sachkosten für die Durchführung des AHV- und IV-Regress, für die Aufsicht und Durchführung der IV, den Pilotversuch Assistenzbudget und das Forschungsprogramm IV als Aufwand ausgewiesen und nicht mehr direkt mit der Rückerstattung durch den AHV-Ausgleichsfonds verrechnet. Durch diesen saldoneutralen Übergang zum Bruttoprinzip erhöht sich der Beratungsaufwand um 8,9 Millionen.
- Im Bildungsbereich steigen die Grundbeiträge an die Hochschulförderung aufgrund der Zunahme der Studierenden

und der angestrebten Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich an. Entsprechend fällt auch der Aufwand für Monitoring und Statistik, Evaluationen und Expertenaufträge höher aus (+1,0 Mio.).

- In der Landesverteidigung wurden zur Umsetzung der Neuausrichtung von armasuisse Mittel im Umfang von 2,2 Millionen aus dem übrigen Betriebsaufwand in den Beratungsaufwand umgelagert, was zu einer Verdreifachung des Beratungsaufwands der armasuisse gegenüber dem Vorjahr führt.
- Beim ASTRA wurde der Beratungsaufwand im Jahr 2008 um 6 Millionen aufgestockt, um die für die neuen Aufgaben im Bereich der Nationalstrassen notwendigen Strukturen zu schaffen. Dies ist nun weitgehend geschehen, so dass 2009 der Beratungsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Millionen reduziert werden kann.
- MeteoSchweiz hat Mittel im Umfang von 2,2 Millionen vom Beratungsaufwand zu den externen Dienstleistungen verschoben, um Projekte im Bereich der Erhebung von Wetterdaten zu finanzieren.
- Schliesslich wirken sich auch Auslagerungen aufwandsenkend aus: Die Schaffung der FINMA und des Eidgenössischen Nuklear-Sicherheitsinspektorats führt zu einem Wegfall von Beratungsaufwand im Umfang von 4,0 Millionen.

Beim *Beratungsaufwand für Unselbständige* ist der Rückgang insgesamt 5,4 Millionen zu einem grossen Teil auf Mittelverschiebungen des BASPO innerhalb seines Globalbudgets zurückzuführen (-4,6 Mio.).

Die unter den *Kommissionen* aufgeführten Mittel umfassen Aufwände für die Tätigkeit von Kommissionen, Arbeitsgruppen oder nicht ständigen Gremien. Der Rückgang um rund 1 Million setzt sich aus verschiedenen kleineren Umlagerungen zusammen.

15 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 188	2 165	2 675	510	23,6
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 109	1 965	1 914	-51	-2,6
Regalien und Konzessionen	29	22	23	1	5,1
Übriger Ertrag	49	178	739	560	314,4
Ordentlicher Aufwand	4 821	5 237	5 133	-104	-2,0
Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 849	3 909	3 806	-103	-2,6
Transferaufwand	2 915	1 250	1 283	32	2,6
Übriger Aufwand	56	78	45	-33	-42,4
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	33	32	32	0	-0,8
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	32	30	30	0	0,0
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	2	2	0	-11,7
Ordentliche Investitionsausgaben	2 301	2 490	2 533	43	1,7
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	273	1 486	1 521	35	2,3
Investitionsbeiträge	2 027	167	171	4	2,4
Übrige Investitionen	1	837	842	5	0,5

Ohne Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK)

FLAG umfasst ab 2009 23 Verwaltungseinheiten mit einem Anteil von rund 30 Prozent am Eigenaufwand des Bundes. Der Bestand reduziert sich gegenüber 2008 um eine Einheit, da die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) per 1.1.2009 als Eidgenössisches Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt wird. Für die bessere Vergleichbarkeit werden alle Zahlenwerte ohne HSK dargestellt. Die den Krediten zugrunde liegenden leistungsseitigen Vorgaben befinden sich in den Begründungen der FLAG-Verwaltungseinheiten (vgl. Bd. 2B).

Die Reduktion des *Funktionsertrages* um 51 Millionen (-2,6 %) ist hauptsächlich auf folgende Veränderungen zurückzuführen: geringere Leistungsverrechnung wegen dem Abbau des Immobilienbestandes und Wegfall der Aktivierung reiner Verteidigungsbauten bei den armasuisse Immo (-93 Mio.), veränderte Bestellmengen und tiefere Verrechnungspreise beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) (-12 Mio.), neu auch als Ertrag veranschlagte Verkaufserlöse bei der armasuisse Immo (+30 Mio.), erhöhter Leistungsbezug beim Informatik Service Center (ISC) des EJPD (+10 Mio.) sowie neue Brutto-Verbuchung der Erträge aus strassenbaupolizeilichen Verträgen, z.B. für die Errichtung von Natelantennen oder zur Gewährung von Durchleitungsrechten beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) (+7 Mio.).

13 FLAG-Verwaltungseinheiten steigern ihren Funktionsertrag, 4 halten ihn konstant. Die grösste relative Zunahme verzeichnet das ASTRA (+7 Mio. bzw. +97 %). Die grösste relative Abnahme weist das Nationalgestüt aus (-0,3 Mio. bzw. -15 % als Folge der Aufgabenverzichtsplanung der Vorjahre: weniger Zuchttiere, Reduktion tierärztliches Angebot, Verzicht auf reine Dienstleis-

tungen). Der Funktionsertrag ist zu 14 Prozent (274 Mio.) finanzierungswirksam, zu 2 Prozent (36 Mio.) nicht finanzierungswirksam und 84 Prozent (1,6 Mrd.) entstammen der Leistungsverrechnung (LV). Siebzig Prozent des LV-Ertrags erarbeitet die armasuisse Immo, rund ein Viertel stammt von den Informatik-Leistungserbringern (LE IKT).

Der Zuwachs von 560 Millionen (+314 %) im *übrigen Ertrag* ist hauptsächlich auf die Übernahme neuer, bedeutender Nationalstrassenabschnitte im ASTRA zurückzuführen. Der Ertrag entspricht den von den Kantonen getragenen Baukosten für die neu in Betrieb genommenen Abschnitte.

Die Reduktion des *Funktionsaufwandes* um 103 Millionen (-2,6 %) ist insbesondere auf folgende (z.T. gegenläufigen) Veränderungen zurückzuführen: geringerer Abschreibungsbedarf der armasuisse Immo (-180 Mio.), höherer Abschreibungsbedarf bei den Nationalstrassen im ASTRA (+51 Mio.) sowie Kreditverschiebungen für Betreiberleistungen zur armasuisse Immo (+21 Mio.).

9 FLAG-Verwaltungseinheiten können ihren Funktionsaufwand senken, 14 verzeichnen eine Zunahme. Die grösste Abnahme (absolut und relativ) hat die armasuisse Immo (-169 Mio. bzw. -21 %). Die grösste relative Zunahme weist aufgrund erhöhter Leistungserbringung das ISC-EJPD aus (+22,8 % bzw. +13 Mio.).

Der Funktionsaufwand setzt sich zusammen aus 20 Prozent Personalaufwand, 34 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 46 Prozent Abschreibungen. 41 Prozent (1,6 Mrd.) sind finanzierungswirksam, 47 Prozent (1,8 Mrd.) nicht finanzierungswirksam und 12 Prozent (0,4 Mrd.) Leistungsverrechnung. Die Verteilung unterscheidet sich aufgrund der Anlagenintensität

der FLAG-Verwaltungseinheiten ASTRA, armasuisse Immo und BIT deutlich von der Zusammensetzung des Funktionsaufwandes in der übrigen Bundesverwaltung (Personalaufwand 44 %, Sach- und Betriebsaufwand 51 % und Abschreibungen 5 % bzw. 73 % finanzierungswirksam, 7 % nicht finanzierungswirksam und 20 % Leistungsverrechnung).

Der Personalaufwand erhöht sich um 6,3 Prozent (+45 Mio.). Der Anstieg ist zu mehr als der Hälfte auf Lohneffekte (Teuerungsausgleich und Reallohnmassnahmen) zurückzuführen. Mengenbezogene Veränderungen ergeben sich durch den Einsatz von eigenem Personal statt Externen und die Besetzung von Vakanzen beim BIT (+10 Mio.), höheren Personalbedarf für die unter dem NFA neu zu übernehmenden Aufgaben beim ASTRA (+4 Mio.), für die erhöhte Leistungserbringung beim ISC-EJPD (+3 Mio.) sowie für die neue Familienausgleichskasse bei der Zentralen Ausgleichsstelle (+2 Mio.). Gegenläufige Effekte hat der Abbau bei der armasuisse Wissenschaft + Technologie und bei der armasuisse Immo.

Der Sach- und Betriebsaufwand sinkt um 3,4 Prozent (-46 Mio.). Die Reduktion ist zur Hauptsache auf Prozessoptimierungen bei der Büroautomation, Kostenreduktionen in der Telekommunikation, Skaleneffekten beim Betrieb von Anwendungen und dem Ersatz von Externen durch eigenes Personal beim BIT zu-

rückzuführen (-35 Mio.). Einen Mehraufwand verursachen neue Anwendungen unter anderem für die Umsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens beim ISC-EJPD (+6 Mio.).

Der *Transferaufwand* erhöht sich um 32 Millionen (+2,6 %). Der weitaus grösste Anteil daran haben die höheren Strassenbeiträge und die Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen beim ASTRA.

Der *übrige Aufwand* geht um 33 Millionen (-42,4 %) zurück. Dies weil beim BASPO die Beiträge für die Fussball-Europameisterschaft 2008 wegfallen (-48 Mio.). Dem gegenüber steht die Vergrösserung der Rückstellungen in der Höhe der Zunahme des Münzumlafes bei der swissmint (+14 Mio.).

Die *Investitionseinnahmen* betreffen zum grössten Teil die Immobilienverkäufe der armasuisse Immo (konstant bei 30 Mio.). Weiter finden *Darlehensrückzahlungen* der Flughäfen an das Bundesamt für Zivilluftfahrt (1,8 Mio.) und für Parkierungsanlagen bei Bahnhöfen an das ASTRA (0,2 Mio.) statt.

Der Zuwachs der *verwaltungseigenen Investitionen* (Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte) um 35 Millionen (+2,3 %) ist zur Hauptsache auf Mehrausgaben für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen im ASTRA zurückzuführen.

16 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		Differenz
Mio. CHF				
Finanzierungsergebnis	1 640	Jahresergebnis	2 343	703
Ordentliches Finanzierungsergebnis	1 410	Ordentliches Ergebnis	2 343	933
Ordentliche Einnahmen	59 967	Ordentlicher Ertrag	60 524	557
Fiskaleinnahmen	55 514	Fiskalertrag	55 514	–
Regalien und Konzessionen	1 302	Regalien und Konzessionen	1 303	1
Finanzeinnahmen	1 380	Finanzertrag	1 367	-13
Übrige laufende Einnahmen	1 583	Übriger Ertrag	2 325	742
Investitionseinnahmen	188			-188
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	15	15
Ordentliche Ausgaben	58 557	Ordentlicher Aufwand	58 182	-376
Eigenausgaben	9 612	Eigenaufwand	12 109	2 497
Personalausgaben	4 803	Personalaufwand	4 803	–
Sach- und Betriebsausgaben	3 756	Sach- und Betriebsaufwand	4 081	325
Rüstungsausgaben	1 053	Rüstungsaufwand	1 053	–
		Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 173	2 173
Laufende Transferausgaben	38 192	Transferaufwand	42 410	4 218
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 066	Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 066	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	675	Entschädigungen an Gemeinwesen	675	–
Beiträge an eigene Institutionen	2 643	Beiträge an eigene Institutionen	2 643	–
Beiträge an Dritte	13 284	Beiträge an Dritte	13 277	-7
Beiträge an Sozialversicherungen	14 525	Beiträge an Sozialversicherungen	14 450	-75
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 957	3 957
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	342	342
Finanzausgaben	3 905	Finanzaufwand	3 622	-283
Zinsausgaben	3 794	Zinsaufwand	3 468	-326
Übrige Finanzausgaben	111	Übriger Finanzaufwand	154	43
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	40	40
Investitionsausgaben	6 849			-6 849
Sachanlagen und Vorräte	2 487			-2 487
Immaterielle Anlagen	46			-46
Darlehen	352			-352
Beteiligungen	31			-31
Investitionsbeiträge	3 932			-3 932
Ausserordentliche Einnahmen	230	Ausserordentlicher Ertrag	230	–
Ausserordentliche Ausgaben	–	Ausserordentlicher Aufwand	230	230

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* im Ergebnis den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Einblick über die Herkunft der Differenzen zwischen der *Finanzierungs-* und der *Erfolgsrechnung*. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Ge-

schaftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen. Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen erfolgt eine Korrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für erwartete Entwertungen. Die betragsmässig viel gewichtigeren Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen beeinflussen die Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Rechnungen allerdings nicht.

Da das Investitionsvolumen des Bundes in der Regel keinen grossen Schwankungen unterliegt, sondern eine stetige Entwicklung aufweist, weichen die jährlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab. Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlages ist weiter zu beachten, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind. Diese Abgrenzungen können in der Regel erst im Rahmen des Rechnungsabschlusses berücksichtigt werden.

Die Differenz zwischen den Ergebnissen von Finanzierungs- und Erfolgsrechnung von insgesamt 933 Millionen verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (+557 Mio.)

Dabei handelt es sich um folgende Positionen: Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Abgrenzung (+1 Mio.) aus Erträgen für Funkkonzessionen, welche über die gesamte Laufzeit verteilt werden. Die Differenz des *Finanzertrages* zu den Finanzeinnahmen (-13 Mio.) liegt in der periodengerechten Verbuchung der Zinserträge begründet. Während in der Finanzierungsrechnung sämtliche Zinseingänge der laufenden Periode gutgeschrieben werden, erfolgt in der Erfolgsrechnung eine zeitliche Abgrenzung bzw. eine Aufteilung auf die Rechnungsperioden, denen der Zinsertrag zuzurechnen ist. Bei den *übrigen Erträgen* (+742 Mio.) handelt es sich grösstenteils um den Ertrag aus der Aktivierung der von den Kantonen finanzierten Anteile an den Nationalstrassenteilstücken, welche 2009 in Betrieb genommen werden (695 Mio.), um Buchgewinne aus dem Verkauf von Immobilien (30 Mio.) sowie um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten (14 Mio.). Die Einnahmen aus der Veräusserung von Investitionsgütern (-188 Mio.) stellen nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag dar, welcher in der Erfolgsrechnung in der Position «übriger Ertrag» ausgewiesen wird. Da die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der aus diesen Mitteln zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreichen werden, erfolgen zu Gunsten der Erfolgsrechnung *Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* im Betrage von 15 Millionen. Diese betreffen den Altlastenfonds (14 Mio.) sowie die Lenkungsabgabe VOC/HEL (1,2 Mio.).

Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-376 Mio.)

In der Kontengruppe *Sach- und Betriebsaufwand* resultieren die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung (+325 Mio.) grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezügen ab Lager sowie aus der Abschreibung von nicht ak-

tivierungsfähigen Instandsetzungsarbeiten an Liegenschaften. Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* (+2 173 Mio.) wurden durch die Verwaltungseinheiten nach den NRM-Bewertungsgrundsätzen budgetiert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die Nutzungsdauer und betreffen im Einzelnen Gebäude (560 Mio.), Mobilien (77 Mio.), Informatik (69 Mio.), immaterielle Anlagen (45 Mio.) sowie den Nationalstrassenbau und projektgestützten Unterhalt (1 421 Mio.). Bei den *Beiträgen an Dritte* ist die Differenz zur Finanzierungsrechnung (-7 Mio.) das Ergebnis einer Auflösung von Rückstellungen für Beihilfen in der Milchwirtschaft, während bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* der im Vergleich zu den Ausgaben geringere Aufwand (-75 Mio.) durch die Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den jährlich neu berechneten Rentenverpflichtungen der Militärversicherung entstanden ist.

Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* werden aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser (nicht finanzierungswirksamen) Wertberichtigungen beläuft sich im Jahr 2009 auf 3 957 Millionen. Die Wertberichtigungen im übrigen Transferaufwand (342 Mio.) betreffen *Darlehen und Beteiligungen*, welche im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht und aktiviert, anschliessend entsprechend den durch NRM vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt werden (neue Darlehen an SBB und übrige KTU: 248 Mio., Investitionskredite an die Landwirtschaft: 57 Mio., Darlehen aus Mischkrediten und Konsolidierungsabkommen 37 Mio.). Die Abgrenzung des *Zinsaufwandes* (-326 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Zuschreibung der Zinsausgaben sowie der Agio-Amortisation über sämtliche Anleihen. Der *übrige Finanzaufwand* liegt um 43 Mio. über den entsprechenden Ausgaben in der Finanzierungsrechnung, was mit der erfolgten zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie begründet ist. Die *Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital* werden auf insgesamt 40 Millionen veranschlagt. Im Einzelnen handelt es sich um die Spielbankenabgabe, bei der die im Budgetjahr erwarteten Einnahmen die geplanten Ausgaben übersteigen (33 Mio.), sowie um die Zinsgutschrift auf den bisher vereinnahmten CO₂-Abgaben (7 Mio.).

Ausserordentliche Einnahmen / ausserordentlicher Aufwand (230 Mio.)

Die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe werden mit zweijähriger Verzögerung ab dem Jahr 2010 zurückerstattet. Gemäss den Bestimmungen der Schuldenbremse sind sie deshalb als ausserordentlich zu betrachten. Aufgrund ihrer Zweckbindung werden diese Abgaben zudem erfolgsmässig neutralisiert (Einlage in den zweckgebundenen Fonds «CO₂-Abgabe»).

17 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 387	2 360	2 260	-100	-4,2
Unterbringung	1 635	1 544	1 446	-99	-6,4
armasuisse Immobilien	1 329	1 226	1 123	-103	-8,4
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL	306	318	323	5	1,4
Informatik	454	456	454	-2	-0,5
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT	330	329	317	-12	-3,6
Übrige IKT-Leistungserbringer	124	127	137	10	7,6
Gebäudebetrieb und Instandsetzung Liegenschaften	202	213	217	4	1,8
Übrige verrechnete Leistungen	96	146	143	-3	-2,0
Dienstleistungen	42	80	80	0	0,2
Verkäufe	54	66	63	-3	-4,8

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das NRM die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Art. 41 FHV sind die verrechenbaren Leistungen definiert und in den zentralen Leistungskatalog aufgenommen worden. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- **Wesentlichkeit der Leistungen:** Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer übersteigt 100 000 Franken.
- **Beeinflussbarkeit:** Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- **Kommerzieller Charakter der Leistung:** Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt im Voranschlag 2009 knapp 2,3 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,7 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Die restlichen 0,1 Milliarden werden für den Bezug von Dienstleistungen und Gütern beansprucht.

Gegenüber dem Voranschlag 2008 werden mit der Leistungsverrechnung 100 Millionen weniger budgetiert. Dies ist insbesondere durch die Reduktion des Bestandes im Bereich Immobilien der armasuisse begründet. Daneben ergeben sich durch die Auslagerung dreier Verwaltungseinheiten sowie Preisanpassungen kleinere Änderungen im Voranschlag 2009.

In der Einführungsphase der Leistungsverrechnung konnten wertvolle Erfahrungen gewonnen werden. Diese Erkenntnisse fliessen in die weiteren Entwicklungsschritte ein. Insbesondere Fragen zur Steuerung und zur Anreizsystematik bedingen noch weitergehender Regelungen. Die Ergebnisse der in Bearbeitung stehenden Punkte fliessen in den nächsten Budgetierungsprozess ein.

Im Weiteren wurde der seit der Einführung des NRM geltende Leistungsbereichskatalog mittels Umfrage in der Bundesverwaltung überprüft. Anträge auf neue verrechenbare Leistungen sind nach den geltenden Kriterien durch die EFV beurteilt worden. Der Katalog wird indes nur noch minimal erweitert. Hervorzuheben sind die künftige Verrechnung der Dienstleistungszentren Finanzen und Personal, zusätzliche Dienstleistungen im Bereich Unterbringung sowie die Ausweitung der Verrechnung des BBL für die Miete der Zollbauten und der Auslandsvertretungen des EDA. Daneben ergeben sich strukturelle Bereinigungen ohne Ausweitung des Verrechnungsvolumens. Der neue Leistungsbereichskatalog mit Gültigkeit per 1.1.2010 gelangt erstmals mit dem Voranschlag 2010 zur Anwendung.

Statistik

Seite

A	Übersicht	41
A01	Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	41
A02	Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse	42
A03	Vorgaben der Schuldenbremse	43
B	Finanzierungsrechnung	44
B1	Einnahmen	
B11	Einnahmen nach Kontengruppen	44
B12	Entwicklung der Einnahmen	45
B13	Struktur der Einnahmen	46
B2	Ausgaben nach Kontengruppen	
B21	Ausgaben nach Kontengruppen	47
B22	Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	49
B23	Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	50
B3	Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31	Ausgaben nach Aufgabengebieten	51
B32	Entwicklung der Aufgabengebiete	53
B33	Struktur der Aufgabengebiete	55
B34	Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009/2008	57
B4	Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41	Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	59
B42	Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	60
B43	Spezialfinanzierung Strassenverkehr	61
C	Erfolgsrechnung	63
C01	Ertrag nach Kontengruppen	63
C02	Aufwand nach Kontengruppen	64
C03	Entwicklung von Ertrag und Aufwand	66
C04	Struktur von Ertrag und Aufwand	67
C05	Ertrag und Aufwand nach Departement 2009/2008	68

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		Brutto- schulden*
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	
VA 2009	1 410	59 967	58 557	2 343	60 524	58 182	–	114 400
VA 2008	1 122	57 976	56 854	1 552	57 951	56 399	–	119 700
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

*VA 2008 und VA 2009 basierend auf Schätzung 2008

A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	12 805	Ausserordentliche Ausgaben	13 405
VA 2009	Einführung CO2-Abgabe	230	–	–
VA 2008	Einführung CO2-Abgabe	230	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	122
			Übergang NFA	1 625
			PUBLICA	900
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038	–	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse*

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

* Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
							absolut	%
1 Gesamteinnahmen	48 629	59 670	58 115	58 846	58 206	60 197	1 991	3,4
2 Ausserordentliche Einnahmen	–	8 388	3 203	754	230	230		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	48 629	51 282	54 911	58 092	57 976	59 967	1 991	3,4
4 Konjunkturfaktor	1,009	0,998	0,986	0,974	0,987	0,995	0,008	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	49 066	51 179	54 143	56 582	57 223	59 667	2 445	4,3
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-438	103	769	1 510	754	300		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	1 121	–	–	7 038	5 247	–		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	3 000	2 000	1 000	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG)	–	–	–	–	–	–		
10 Höchstzulässige Ausgaben [10=5+7+8-9]	53 187	53 179	55 143	63 619	62 470	59 667	-2 803	-4,5
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA	51 405	51 403	52 377	61 003	62 101	58 557	-3 544	-5,7
12 Differenz (Art. 16 FHG) [12=10-11]	1 782	1 776	2 766	2 616	369	1 110		

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	48 629	51 282	54 911	58 092	57 976	59 967	1 991	3,4
Fiskaleinnahmen	44 860	47 520	50 873	53 336	53 455	55 514	2 059	3,9
Direkte Bundessteuer	11 822	12 213	14 230	15 389	16 359	17 670	1 311	8,0
Verrechnungssteuer	2 628	4 000	3 947	4 230	3 026	3 019	-7	-0,2
Stempelabgaben	2 755	2 703	2 889	2 990	2 925	2 600	-325	-11,1
Mehrwertsteuer	17 666	18 119	19 018	19 684	20 470	21 240	770	3,8
Übrige Verbrauchssteuern	7 074	7 132	7 259	7 380	7 116	7 229	113	1,6
Mineralölsteuer	4 929	4 979	4 994	5 086	4 955	5 055	100	2,0
Tabaksteuer	2 040	2 051	2 161	2 186	2 056	2 067	11	0,5
Biersteuer	105	102	104	107	105	107	2	1,9
Verkehrsabgaben	1 411	1 848	1 938	2 016	1 996	2 123	127	6,4
Zölle	1 054	974	1 027	1 040	980	1 000	20	2,0
Spielbankenabgabe	291	357	406	449	432	482	50	11,6
Lenkungsabgaben	156	170	148	156	151	151	0	0,0
Lenkungsabgabe VOC	124	143	127	127	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	1	1	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	32	26	21	28	26	26	0	0,0
Übrige Fiskaleinnahmen	4	4	9	3	0	0	0	-50,0
Regalien und Konzessionen	1 237	1 307	1 265	1 345	1 258	1 302	44	3,5
Anteil Reingewinn	223	223	221	223	221	223	2	0,7
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	933	967	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	-	-	-	45	28	43	15	54,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	53	82	158	193	154	178	24	15,6
Übrige Regalien und Konzessionen	28	35	53	50	22	25	3	14,2
Finanzeinnahmen	839	911	1 089	1 280	1 383	1 380	-4	-0,3
Zinseinnahmen	292	335	478	664	659	527	-132	-20,0
Finanzanlagen	76	119	222	329	200	100	-100	-49,9
Darlehen	201	200	88	146	184	175	-9	-4,8
Vorschuss FEG	-	-	147	181	268	238	-30	-11,1
Übrige Zinseinnahmen	14	16	21	9	7	13	7	97,1
Kursgewinne	-	-	-	92	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	547	576	611	509	707	845	138	19,5
Übrige Finanzeinnahmen	0	0	0	15	17	8	-10	-55,9
Übrige laufende Einnahmen	1 269	1 224	1 390	1 766	1 673	1 583	-89	-5,3
Entgelte	1 205	1 162	1 323	1 391	1 239	1 222	-17	-1,4
Wehrpflichtersatzabgabe	214	129	142	138	129	135	6	4,3
Gebühren für Amtshandlungen	266	263	280	293	278	199	-79	-28,3
Verkäufe	118	159	173	201	155	162	7	4,6
Rückerstattungen	238	191	256	113	82	60	-22	-27,4
EU Zinsbesteuerung	-	-	36	121	122	169	47	38,9
Übrige Entgelte	368	421	437	524	472	496	24	5,1
Verschiedene Einnahmen	64	62	67	375	434	362	-72	-16,6
Einnahmen aus Liegenschaften	53	50	53	320	409	337	-73	-17,7
Übrige	12	12	14	56	24	25	1	2,6
Investitionseinnahmen	423	320	295	365	207	188	-19	-9,3
Veräusserung von Sachanlagen	60	40	48	74	42	42	1	1,4
Rückzahlung von Darlehen	362	279	246	289	165	145	-20	-12,0
Übrige Investitionseinnahmen	1	0	1	1	-	-	-	-

B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,5
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,8
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	5,1
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	-8,1
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,8
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	4,8
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,6
Mineralölsteuer	7,5	3,1	0,2	1,0	0,1
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	-2,2
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	-0,5
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	1,2
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-1,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	2,5
Lenkungsabgaben	–	–	738,6	4,2	25,1
Lenkungsabgabe VOC	–	–	–	5,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	–	39,0	41,8	-100,0
Altlastenabgabe	–	–	–	1,1	-2,2
CO ₂ -Abgabe	–	–	–	–	–
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	5,9	-0,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	1,3
Gewinnablieferung SNB	–	25,7	13,6	–	0,0
Zunahme des Münzumlaufts	–	–	–	–	-4,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	–	75,0	-3,4
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-15,7
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	3,5
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-2,0
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-24,4
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	8,6
Vorschuss FEG	–	–	–	–	11,3
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	30,6
Kursgewinne	–	–	–	–	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,5
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	-22,4	101,2	-12,8
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-2,8
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,4
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	-0,2
Gebühren für Amtshandlungen	2,0	5,8	-1,9	3,6	-8,9
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-5,3
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	-13,5
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	–	12,2
Übrige Entgelte	9,2	-5,9	0,8	10,2	-3,4
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	-0,4
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	1,7
Übrige	-12,2	-70,5	3,2	52,2	-16,8
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	-16,1
Veräußerung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-10,7
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-17,6
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	-100,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,6
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	29,0
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	5,0
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,5
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	36,2
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8
Mineralölsteuer	11,2	10,9	10,1	9,4	8,3
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,3
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,8
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,4
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,0
CO2-Abgabe	–	–	–	–	0,2
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,1
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,4
Zunahme des Münzumschs	–	–	–	0,0	0,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,3
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	1,0
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,2
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Vorschuss FEG	–	–	–	0,2	0,4
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	–
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,6
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren für Amtshandlungen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,1
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Entgelte	1,1	0,6	0,6	0,8	0,8
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,6
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige	4,5	0,6	0,0	0,0	0,0
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,3
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,2
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	–

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	50 285	51 403	52 377	53 965	56 854	58 557	1 703	3,0
Eigenausgaben	8 478	8 282	8 187	8 471	9 345	9 612	267	2,9
Personalausgaben	4 469	4 375	4 325	4 462	4 616	4 803	186	4,0
Personalbezüge	3 680	3 657	3 629	3 667	3 767	3 958	191	5,1
Arbeitgeberbeiträge	550	497	492	590	619	682	64	10,3
Arbeitgeberleistungen	177	163	160	150	149	73	-76	-51,1
Übrige Personalausgaben	61	59	44	55	83	90	7	8,6
Sach- und Betriebsausgaben	2 664	2 638	2 683	2 841	3 472	3 756	284	8,2
Material- und Warenausgaben	15	10	11	46	49	51	2	3,9
Betriebsausgaben	2 649	2 628	2 672	2 795	3 117	3 307	190	6,1
Liegenschaften	436	441	423	230	249	279	30	12,0
Mieten und Pachten	144	144	142	133	152	161	9	6,1
Informatik	151	133	151	295	484	544	61	12,6
Beratungsausgaben	376	327	340	468	272	267	-5	-1,9
Betriebsausgaben der Armee	749	784	784	710	749	837	88	11,7
Verluste auf Forderungen	-	-	-	224	255	256	1	0,4
Übrige Betriebsausgaben	793	799	833	735	956	962	6	0,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	305	398	93	30,3
Rüstungsausgaben	1 346	1 269	1 178	1 168	1 257	1 053	-204	-16,2
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	137	131	143	145	150	120	-30	-20,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	291	285	295	289	315	289	-26	-8,3
Rüstungsmaterial	919	853	740	734	792	644	-148	-18,7
Laufende Transferausgaben	32 195	32 822	33 661	35 228	36 841	38 192	1 351	3,7
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	6 536	7 226	8 098	8 624	6 669	7 066	397	6,0
Kantonsanteile	4 521	4 954	5 607	5 999	3 927	4 194	266	6,8
Anteile der Sozialversicherungen	1 924	2 163	2 363	2 478	2 609	2 744	134	5,1
Rückverteilung Lenkungsabgaben	91	109	127	147	132	129	-3	-2,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	381	1 084	986	969	909	675	-234	-25,7
Beiträge an eigene Institutionen	2 199	2 072	2 075	2 527	2 666	2 643	-23	-0,9
Beiträge an Dritte	10 570	9 662	9 719	9 697	12 866	13 284	418	3,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	2 724	2 803	79	2,9
Internationale Organisationen	695	1 200	1 178	1 298	1 505	1 537	32	2,1
Übrige Beiträge an Dritte	9 876	8 462	8 541	8 399	8 637	8 944	307	3,6
Beiträge an Sozialversicherungen	12 509	12 778	12 783	13 411	13 731	14 525	794	5,8
AHV / IV / ALV	9 548	9 712	9 703	10 181	10 579	11 185	606	5,7
Übrige Sozialversicherungen	2 961	3 065	3 080	3 230	3 152	3 340	188	6,0

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Finanzausgaben	3 388	3 711	4 105	4 003	3 971	3 905	-66	-1,7
Zinsausgaben	3 167	3 577	3 993	3 849	3 836	3 794	-42	-1,1
Anleihen	2 408	2 945	3 339	3 310	3 267	3 196	-71	-2,2
Geldmarktbuchforderungen	45	110	196	221	366	318	-48	-13,1
Übrige Zinsausgaben	714	522	458	318	203	280	77	37,7
Kursverluste	-	-	-	54	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	216	134	112	89	135	95	-39	-29,3
Übrige Finanzausgaben	5	-	-	10	0	16	16	6 356,1
Investitionsausgaben	6 223	6 589	6 424	6 264	6 698	6 849	151	2,3
Sachanlagen und Vorräte	611	585	591	874	2 514	2 487	-27	-1,1
Liegenschaften	239	247	243	603	620	599	-21	-3,3
Mobilien und Vorräte	373	338	347	271	364	438	73	20,1
Nationalstrassen	-	-	-	-	1 529	1 449	-80	-5,2
Immaterielle Anlagen	13	11	13	13	51	46	-5	-9,6
Darlehen	314	504	489	376	395	352	-42	-10,7
Beteiligungen	59	53	39	35	27	31	4	13,9
Investitionsbeiträge	5 226	5 436	5 292	4 966	3 710	3 932	221	6,0
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	1 438	1 576	138	9,6
Übrige Investitionsbeiträge	5 226	5 436	5 292	4 966	2 272	2 356	84	3,7

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	4,2
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	4,3
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,4
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,3
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	4,9
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-11,9
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	11,1
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	8,0
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	3,3
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	5,1
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	6,4
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	5,0
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	16,7
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-12,5
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	3,9
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	5,9
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	8,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	1,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-5,6
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	-0,8
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	3,7
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,8
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	0,6
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,6
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	13,3
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	25,2
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-7,6
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	2,9
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,3
Finanzausgleich	–	–	–	–	–
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,3
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,5
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,7
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	2,6
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-1,5
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-1,6
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-3,0
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	15,4
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-2,3
Kursverluste	–	–	–	–	-100,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	13,3
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	–	-100,0
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	3,7
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	34,7
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	0,7
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	10,5
Nationalstrassen	–	–	–	–	–
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	49,6
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	-1,3
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	0,5
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-5,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-17,3

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,3
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,0
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,1
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,2
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,2
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,9
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,5
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,6
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	2,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,4
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	65,7
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	12,8
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	6,9
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	5,5
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,2
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,5
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,6
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,7
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,2
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,5
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,6
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	6,4
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	6,2
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	5,1
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,6
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
Kursverluste	–	–	–	0,0	–
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,2
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	11,6
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,4
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,7
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,7
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,6
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,4
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	3,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	50 285	51 403	52 377	53 965	56 854	58 557	1 703	3,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 234	2 139	2 150	2 162	2 396	2 456	60	2,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 234	2 139	2 150	2 162	2 396	2 456	60	2,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	780	757	771	813	894	960	66	7,4
Allgemeines Rechtswesen	101	91	84	78	77	74	-2	-3,0
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	286	280	293	311	347	385	38	11,1
Grenzkontrollen	284	274	273	282	307	329	22	7,0
Gerichte	109	112	121	141	163	171	8	5,0
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 285	2 278	2 269	2 274	2 486	2 622	136	5,5
Politische Beziehungen	591	588	579	613	656	704	48	7,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 490	1 499	1 563	1 559	1 641	1 702	60	3,7
Wirtschaftliche Beziehungen	81	74	70	71	82	83	1	0,8
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	122	117	57	30	106	133	27	25,3
Landesverteidigung	4 461	4 437	4 272	4 327	4 550	4 585	35	0,8
Militärische Landesverteidigung	4 357	4 339	4 174	4 231	4 453	4 487	33	0,7
Nationale Sicherheitskooperation	104	98	98	95	97	98	1	1,4
Bildung und Forschung	4 539	4 586	4 714	4 978	5 542	5 696	154	2,8
Berufsbildung	481	497	522	518	591	621	30	5,1
Hochschulen	1 507	1 428	1 470	1 564	1 719	1 780	61	3,6
Grundlagenforschung	1 637	1 638	1 697	1 834	2 099	2 148	49	2,4
Angewandte Forschung	846	950	961	1 002	1 102	1 117	16	1,4
Übriges Bildungswesen	69	71	64	60	31	29	-2	-6,5
Kultur und Freizeit	450	442	437	460	423	393	-31	-7,2
Kulturerhaltung	87	84	85	94	77	83	6	7,5
Kulturförderung und Medienpolitik	236	232	227	225	172	172	1	0,4
Sport	127	126	125	140	174	137	-37	-21,2
Gesundheit	192	200	194	264	225	213	-12	-5,5
Gesundheit	192	200	194	264	225	213	-12	-5,5
Soziale Wohlfahrt	15 781	16 137	16 246	16 933	17 605	18 344	740	4,2
Altersversicherung	7 037	7 286	7 534	7 984	9 327	9 862	534	5,7
Invalidenversicherung	4 210	4 379	4 372	4 492	3 685	3 825	140	3,8
Krankenversicherung	2 046	2 121	2 143	2 263	1 837	1 888	50	2,7
Ergänzungsleistungen	643	675	678	711	1 059	1 190	132	12,4
Militärversicherung	239	241	234	232	252	249	-3	-1,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	364	356	302	302	313	396	83	26,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	244	172	126	110	129	129	1	0,4
Migration	971	871	816	791	951	752	-199	-20,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	28	36	42	48	52	53	1	2,4
Verkehr	7 231	7 591	7 409	7 349	7 603	7 833	230	3,0
Strassenverkehr	2 853	2 770	2 668	2 751	2 617	2 612	-5	-0,2
Öffentlicher Verkehr	4 279	4 706	4 641	4 507	4 881	5 115	234	4,8
Luftfahrt	99	114	99	90	105	105	1	0,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008	
							absolut	%
Umweltschutz und Raumordnung	589	554	624	655	623	668	45	7,3
Umweltschutz	357	326	317	320	348	361	13	3,9
Schutz vor Naturgefahren	131	127	214	215	171	197	27	15,6
Naturschutz	87	88	82	107	91	96	5	5,2
Raumordnung	14	13	12	12	13	14	1	5,8
Landwirtschaft und Ernährung	3 750	3 608	3 645	3 601	3 566	3 673	107	3,0
Landwirtschaft und Ernährung	3 750	3 608	3 645	3 601	3 566	3 673	107	3,0
Wirtschaft	500	432	383	398	426	334	-91	-21,4
Wirtschaftsordnung	125	128	132	148	172	114	-57	-33,4
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	174	122	121	129	136	133	-3	-2,4
Energie	86	80	83	81	91	61	-30	-33,0
Forstwirtschaft	115	101	46	41	28	27	-1	-3,1
Finanzen und Steuern	7 493	8 242	9 262	9 753	10 515	10 781	266	2,5
Anteile an Bundeseinnahmen	4 105	4 532	5 157	5 750	3 820	4 073	253	6,6
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 388	3 711	4 105	4 003	3 971	3 905	-66	-1,7
Finanzausgleich	-	-	-	-	2 724	2 803	79	2,9

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	3,4	2,9	2,4	1,9	4,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,1	5,0
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,8
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	5,5
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,8	5,0
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	6,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	5,6
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	5,5
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	4,0
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	2,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	54,3
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	2,7
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	2,7
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	1,5
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,7
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,6
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	5,0
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	7,9
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	5,8
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,2
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-2,9
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	-3,3
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-5,3
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	1,0
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,1
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,1
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	5,5
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	7,5
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	4,5
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-2,1
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	14,8
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	2,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	9,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	9,3
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	-0,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	2,0
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	3,0
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	2,3
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	3,2
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	7,8
Umweltschutz und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	9,5
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	18,2
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	-1,0
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-2,6
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	4,3
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,7
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,7

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	-3,0
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	2,8
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	-6,3
Forstwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-9,4
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	3,2
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-1,5
Finanzausgleich	-	-	-	-	-

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Total Aufgabengebiete (ordentliche Ausgaben)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,4
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,9
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,7
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	9,9
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,9
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,6
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	7,4
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,2
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,0
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,3
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,2
Strassenverkehr	6,9	6,0	5,9	5,3	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,4
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,3
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,6
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Forstwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,9
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	6,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	6,4
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,7

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011.

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009

Kontengruppen	Total Voranschlag 2009	Aufgabengebiete					
		Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusammen- arbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	58 557	2 456	960	2 622	4 585	5 696	393
Eigenausgaben	9 612	2 036	755	665	3 962	242	137
Personalausgaben	4 803	1 261	630	516	1 426	137	94
Sach- und Betriebsausgaben	3 756	775	126	149	1 483	105	43
Rüstungsausgaben	1 053	–	–	–	1 053	–	–
Laufende Transferausgaben	38 192	33	149	1 899	160	5 189	225
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 066	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	675	–	65	–	16	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 643	–	–	–	–	2 168	30
Beiträge an Dritte	13 284	33	85	1 899	144	3 022	191
Beiträge an Sozialversicherungen	14 525	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	3 905	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	6 849	387	55	58	463	264	30
Sachanlagen und Vorräte	2 487	372	34	1	462	146	2
Immaterielle Anlagen	46	15	3	–	1	–	–
Darlehen	352	–	–	26	–	–	–
Beteiligungen	31	–	–	31	–	–	–
Investitionsbeiträge	3 932	–	17	–	–	118	29

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	213	18 344	7 833	668	3 673	334	10 781
Eigenausgaben	120	403	624	153	108	154	253
Personalausgaben	52	264	151	90	78	105	–
Sach- und Betriebsausgaben	68	139	473	63	30	49	253
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	88	17 922	2 057	266	3 423	157	6 623
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 744	374	129	–	–	3 820
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	557	25	5	3	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	446	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	88	193	1 213	133	3 324	157	2 803
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 429	–	–	96	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	3 905
Investitionsausgaben	5	19	5 152	249	142	24	–
Sachanlagen und Vorräte	1	7	1 454	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	–	3	22	0	1	0	–
Darlehen	–	5	261	–	56	4	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	4	4	3 415	246	82	17	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2008

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2008	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	56 854	2 396	894	2 486	4 550	5 542	423
Eigenausgaben	9 345	1 952	693	620	3 979	240	130
Personalausgaben	4 616	1 172	588	475	1 407	134	89
Sach- und Betriebsausgaben	3 472	780	105	145	1 316	106	41
Rüstungsausgaben	1 257	–	–	–	1 257	–	–
Laufende Transferausgaben	36 841	33	139	1 819	186	5 025	267
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	6 669	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	909	–	58	–	28	0	15
Beiträge an eigene Institutionen	2 666	–	–	–	–	2 186	30
Beiträge an Dritte	12 866	33	81	1 819	159	2 839	222
Beiträge an Sozialversicherungen	13 731	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	3 971	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	6 698	411	62	48	384	277	26
Sachanlagen und Vorräte	2 514	371	41	4	382	162	1
Immaterielle Anlagen	51	40	3	–	2	–	–
Darlehen	395	–	–	17	–	–	–
Beteiligungen	27	–	–	27	–	–	–
Investitionsbeiträge	3 710	–	18	–	–	116	25

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	225	17 605	7 603	623	3 566	426	10 515
Eigenausgaben	133	349	520	135	106	235	253
Personalausgaben	49	241	140	81	76	165	–
Sach- und Betriebsausgaben	84	108	380	54	30	70	253
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	86	17 233	2 017	267	3 317	159	6 291
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 609	360	132	–	–	3 567
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	782	23	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	450	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	86	198	1 184	132	3 230	159	2 724
Beiträge an Sozialversicherungen	–	13 643	–	–	88	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	3 971
Investitionsausgaben	6	23	5 066	221	143	32	–
Sachanlagen und Vorräte	1	14	1 530	2	1	4	–
Immaterielle Anlagen	–	3	1	0	–	1	–
Darlehen	–	–	310	–	59	9	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	5	5	3 225	218	83	17	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital¹

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand	1 257	1 495	1 750	255
VOC / HEL-Lenkungsabgabe	263	260	259	-1
606 E1100.0111 Lenkungsabgaben auf VOC	127	125	125	
606 E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	5	4	5	
810 A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-147	-132	-131	
CO2-Abgabe auf Brennstoffen (ab 2008)²	-	232	469	237
606 E1900.0106 CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	230	230	
606 E1100.0121 CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
606 E1400.0114 Zinsen auf CO2-Abgabe Brennstoffe	-	2	7	
606 A2111.0259 Aufwandentschädigung CO2-Abgabe an Ausgleichskassen	-	-	-	
810 A2300.0112 Rückverteilung CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
Spielbankenabgabe	855	881	914	33
318 E1100.0119 Spielbankenabgabe	449	432	482	
318 A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-357	-406	-449	
Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter	-	-	-	-
808 E5300.0102 Gebührenanteile lokale/regionale Rundfunkveranstalter	3	-	-	
808 A6210.0147 Gebührensplitting Radio und TV	-8	-	-	
Altlastenfonds	105	88	74	-14
810 E1100.0100 Altlastenabgabe	29	26	26	
810 A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-24	-43	-40	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern	32	32	32	-
318 E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318 A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)	2	2	2	-
808 E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	2	2	
808 A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808 A6210.0146 Archivierung Programme	-	-	-	
808 A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-1	
Krankenversicherung	-	-	-	-
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	831	869	890	
606 E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	150	-	-	
316 A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-981	-869	-890	
Alters- und Hinterlassenenversicherung	-	-	-	-
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 121	2 203	2 295	
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	435	454	465	
606 E1100.0102 Tabaksteuer	2 186	2 056	2 067	
601 E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	223	221	223	
318 A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV	-2 844	-2 731	-2 755	
318 A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318 A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318 A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
605 A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 121	-2 203	-2 295	

1 Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band II) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

2 Der Aufwand für die Einlage in den Fonds «CO₂ -Abgabe auf Brennstoffen» von 230 Mio. ist als ausserordentlicher Posten budgetiert.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital*

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 696	2 211	2 263	52
Strassenverkehr	4 609	2 125	2 177	52
Einnahmen	3 846	3 737	3 806	
Ausgaben	-3 445	-6 222	-3 754	
Investitionsrisikogarantie	32	32	32	-
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	-	-	-	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-	-	-	
Bundeskriegstransportversicherung	54	54	54	-
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	-	-	-	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	-	

* Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band II) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr*

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Einnahmen	3 846	3 737	3 806	69	1,8
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-29	-29	-32	-3	11,0
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 514	1 470	1 505	35	2,4
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 039	1 990	2 020	30	1,5
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	322	306	313	7	2,3
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	0	0	-0	-57,3
Ausgaben	3 445	6 222	3 754	-2 468	-39,7
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 979	1 480	1 517	36	2,5
806 A6210.0136 Nationalstrassen, Betrieb	166	-	-	-	-
806 A8300.0106 Nationalstrassen, Bau	1 263	-	-	-	-
806 A8300.0114 Nationalstrassen, Unterhalt	550	-	-	-	-
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	-	305	304	-1	-0,3
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	-	1 175	1 213	37	3,2
Infrastrukturfonds	-	3 437	842	-2 596	-75,5
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	-	837	842	5	0,5
806 A8900.0100 a.o. Ersteinlage Infrastrukturfonds	-	2 600	-	-2 600	-100,0
Hauptstrassen	189	163	164	1	0,5
806 A8300.0107 Hauptstrassen	189	163	164	1	0,5
Übrige werkgebundene Beiträge	563	555	602	48	8,6
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	200	223	224	1	0,5
802 A2310.0215 Autoverlad	3	4	4	0	0,5
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	2	13	-	-13	-100,0
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	13	7	-6	-47,5
802 A4300.0121 Anschlussgleise	31	21	21	0	0,5
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	0	27	-	-27	-100,0
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	317	253	312	59	23,5
802 A4300.0141 Terminalanlagen	-	-	34	34	-
806 A8300.0108 Niveauübergänge	6	-	-	-	-
Nicht werkgebundene Beiträge	519	360	374	13	3,7
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	434	353	366	13	3,7
806 A6210.0138 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	58	-	-	-	-
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	28	7	7	0	3,7
Forschung und Verwaltung	64	119	130	11	9,4
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	63	118	126	8	6,7
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1	1	4	3	396,7
Umweltschutz	80	72	73	1	1,2
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	0,5
806 A8300.0109 Lärmschutz	9	-	-	-	-
810 A2310.0134 Wald	37	44	45	1	2,6
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	26	20	20	0	0,3
810 A4300.0136 Waldwirtschaft	8	-	-	-	-
810 A4300.0139 Lärmschutz	-	7	7	-0	-5,2
Heimat- und Landschaftsschutz	14	14	14	0	0,4
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	10	10	10	0	0,6
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	0,5
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-0	-1,0

* Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band II) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr*

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA2008	
				absolut	%
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	37	22	40	18	80,0
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	37	22	25	3	14,4
810 A4300.0142 Unwetter 2005 Kanton Obwalden	–	–	14	14	–
Saldo	401	-2 484	52	2 536	-102,1
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	4 609	2 125	2 177	52	2,4

* Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band II) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Ordentlicher Ertrag	48 206	50 962	54 617	58 000	57 951	60 524	2 574	4,4
Fiskalertrag	44 860	47 520	50 873	51 836	53 455	55 514	2 059	3,9
Direkte Bundessteuer	11 822	12 213	14 230	15 389	16 359	17 670	1 311	8,0
Verrechnungssteuer	2 628	4 000	3 947	2 730	3 026	3 019	-7	-0,2
Stempelabgaben	2 755	2 703	2 889	2 990	2 925	2 600	-325	-11,1
Mehrwertsteuer	17 666	18 119	19 018	19 684	20 470	21 240	770	3,8
Übrige Verbrauchssteuern	7 074	7 132	7 259	7 380	7 116	7 229	113	1,6
Mineralölsteuer	4 929	4 979	4 994	5 086	4 955	5 055	100	2,0
Tabaksteuer	2 040	2 051	2 161	2 186	2 056	2 067	11	0,5
Biersteuer	105	102	104	107	105	107	2	1,9
Verkehrsabgaben	1 411	1 848	1 938	2 016	1 996	2 123	127	6,4
Automobilsteuer	312	310	320	358	340	350	10	2,9
Nationalstrassenabgabe	300	306	313	322	306	313	7	2,3
Schwerverkehrsabgabe	694	1 231	1 306	1 336	1 350	1 460	110	8,1
Kombinierter Verkehr	106	1	-	-	-	-	-	-
Zölle	1 054	974	1 027	1 040	980	1 000	20	2,0
Spielbankenabgabe	291	357	406	449	432	482	50	11,6
Lenkungsabgaben	156	170	148	156	151	151	0	0,0
Lenkungsabgabe VOC	124	143	127	127	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	1	1	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	32	26	21	28	26	26	0	0,0
Übriger Fiskalertrag	4	4	9	3	0	0	0	-50,0
Regalien und Konzessionen	1 237	1 307	1 265	1 331	1 258	1 303	45	3,6
Anteil Reingewinn	223	223	221	223	221	223	2	0,7
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	933	967	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	-	-	-	45	28	43	15	54,0
Ertrag aus	53	82	158	193	154	178	24	15,6
Kontingentsversteigerungen								
Übrige Regalien und Konzessionen	28	35	53	36	22	26	4	19,3
Finanzertrag	839	911	1 089	2 969	1 381	1 367	-15	-1,1
Zinsertrag	292	335	478	690	657	514	-143	-21,8
Finanzanlagen	76	119	222	334	197	92	-105	-53,3
Darlehen	201	200	88	166	185	170	-15	-8,1
Vorschuss FEG	-	-	147	181	268	238	-30	-11,1
Übriger Zinsertrag	14	16	21	9	7	13	7	97,1
Kursgewinne	-	-	-	96	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	547	576	611	1	0	0	0	355,1
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	1 860	707	845	138	19,5
Übriger Finanzertrag	0	0	0	322	17	8	-10	-55,9
Übriger Ertrag	1 269	1 224	1 390	1 844	1 836	2 325	489	26,6
Entgelte	1 205	1 162	1 323	1 387	1 239	1 222	-17	-1,4
Wehrpflichtersatzabgabe	214	129	142	138	129	135	6	4,3
Gebühren für Amtshandlungen	266	263	280	291	278	199	-79	-28,3
Verkäufe	118	159	173	196	155	162	7	4,6
Rückerstattungen	238	191	256	113	82	60	-22	-27,4
EU Zinsbesteuerung	-	-	36	121	122	169	47	38,9
Übrige Entgelte	368	421	437	528	472	496	24	5,1
Verschiedener Ertrag	64	62	67	457	597	1 103	506	84,7
Liegenschaftenertrag	53	50	53	315	409	337	-73	-17,7
Übriger Ertrag	12	12	14	141	188	767	579	308,1
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	21	20	15	-5	-23,2

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	44 061	44 814	45 953	54 289	56 399	58 182	1 783	3,2
Eigenaufwand	8 478	8 282	8 187	9 573	11 872	12 109	237	2,0
Personalaufwand	4 469	4 375	4 325	4 492	4 616	4 803	186	4,0
Personalbezüge	3 680	3 657	3 629	3 665	3 767	3 958	191	5,1
Arbeitgeberbeiträge	550	497	492	590	619	682	64	10,3
Arbeitgeberleistungen	177	163	160	189	149	73	-76	-51,1
Übriger Personalaufwand	61	59	44	48	83	90	7	8,6
Sach- und Betriebsaufwand	2 664	2 638	2 683	3 238	3 749	4 081	332	8,9
Material- und Warenaufwand	15	10	11	225	247	317	70	28,3
Betriebsaufwand	2 649	2 628	2 672	3 013	3 196	3 366	169	5,3
Liegenschaften	436	441	423	439	295	304	9	3,1
Mieten und Pachten	144	144	142	152	152	161	9	6,1
Informatik	151	133	151	295	484	544	61	12,6
Beratungsaufwand	376	327	340	468	272	267	-5	-1,9
Betriebsaufwand der Armee	749	784	784	718	749	837	88	11,7
Abschreibungen auf Forderungen	-	-	-	192	255	256	1	0,4
Übriger Betriebsaufwand	793	799	833	749	990	997	7	0,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	305	398	93	30,3
Rüstungsaufwand	1 346	1 269	1 178	1 168	1 257	1 053	-204	-16,2
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	137	131	143	145	150	120	-30	-20,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	291	285	295	289	315	289	-26	-8,3
Rüstungsmaterial	919	853	740	734	792	644	-148	-18,7
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	675	2 250	2 173	-77	-3,4
Gebäude	-	-	-	553	724	560	-164	-22,7
Nationalstrassen	-	-	-	-	1 376	1 421	45	3,3
Übrige Abschreibungen	-	-	-	122	150	192	42	27,9
Transferaufwand	32 195	32 822	33 661	40 604	40 808	42 410	1 602	3,9
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 536	7 226	8 098	8 624	6 669	7 066	397	6,0
Kantonsanteile	4 521	4 954	5 607	5 999	3 927	4 194	266	6,8
Anteile der Sozialversicherungen	1 924	2 163	2 363	2 478	2 609	2 744	134	5,1
Rückverteilung Lenkungsabgaben	91	109	127	147	132	129	-3	-2,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	381	1 084	986	955	909	675	-234	-25,7
Beiträge an eigene Institutionen	2 199	2 072	2 075	2 527	2 666	2 643	-23	-0,9

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Aufwände 2003-2006 sind nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Differenz zu VA 2008 absolut	%
Beiträge an Dritte	10 570	9 662	9 719	9 744	12 866	13 277	411	3,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	2 724	2 803	79	2,9
Internationale Organisationen	695	1 200	1 178	1 297	1 505	1 537	32	2,1
Übrige Beiträge an Dritte	9 876	8 462	8 541	8 447	8 637	8 937	300	3,5
Beiträge an Sozialversicherungen	12 509	12 778	12 783	13 417	13 624	14 450	826	6,1
AHV / IV / ALV	9 548	9 712	9 703	10 187	10 547	11 185	638	6,0
Übrige Sozialversicherungen	2 961	3 065	3 080	3 230	3 077	3 265	188	6,1
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	–	4 966	3 711	3 957	246	6,6
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	–	372	363	342	-21	-5,8
Finanzaufwand	3 388	3 711	4 105	4 013	3 691	3 622	-69	-1,9
Zinsaufwand	3 167	3 577	3 993	3 635	3 547	3 468	-79	-2,2
Anleihen	2 408	2 945	3 339	3 096	3 009	2 893	-116	-3,9
Geldmarktbuchforderungen	45	110	196	228	366	321	-45	-12,4
Übriger Zinsaufwand	714	522	458	312	172	254	82	47,5
Kursverluste	–	–	–	54	–	–	–	–
Kapitalbeschaffungsaufwand	216	134	112	143	143	138	-5	-3,7
Übriger Finanzaufwand	5	–	–	181	0	16	16	6 356,1
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	–	–	98	28	40	13	46,8

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Aufwände 2003-2006 sind nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	2004-2009
Ordentlicher Ertrag	3,9	5,7	7,2	6,2	-0,1	4,4	4,7
Fiskalertrag	3,4	5,9	7,1	1,9	3,1	3,9	4,4
Direkte Bundessteuer	-4,7	3,3	16,5	8,1	6,3	8,0	8,4
Verrechnungssteuer	60,1	52,2	-1,3	-30,8	10,8	-0,2	2,8
Stempelabgaben	5,0	-1,9	6,9	3,5	-2,2	-11,1	-1,1
Mehrwertsteuer	3,0	2,6	5,0	3,5	4,0	3,8	3,8
Übrige Verbrauchssteuern	4,9	0,8	1,8	1,7	-3,6	1,6	0,4
Verkehrsabgaben	0,9	31,0	4,9	4,0	-1,0	6,4	8,5
Zölle	0,7	-7,6	5,5	1,3	-5,8	2,0	-1,1
Verschiedener Fiskalertrag	23,0	17,8	6,3	7,6	-4,0	8,6	7,0
Regalien und Konzessionen	17,5	5,6	-3,2	5,2	-5,4	3,6	1,0
Finanzertrag	0,2	8,6	19,5	172,7	-53,5	-1,1	10,3
Beteiligungsertrag	7,8	5,2	6,1	-99,9	-94,4	355,1	-78,9
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	-	-62,0	19,5	-
Übriger Finanzertrag	-11,6	14,9	42,6	131,7	-39,1	-22,6	12,3
Übriger Ertrag	10,2	-3,6	13,6	32,7	-0,4	26,6	12,9
Entgelte	10,9	-3,5	13,8	4,8	-10,7	-1,4	0,3
Verschiedener Ertrag	-1,3	-4,4	8,1	585,8	30,8	84,7	76,5
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	-3,7	-23,2	-
Ordentlicher Aufwand	1,0	1,7	2,5	18,1	3,9	3,2	5,7
Eigenaufwand	-1,2	-2,3	-1,1	16,9	24,0	2,0	7,4
Personalaufwand	0,0	-2,1	-1,1	3,9	2,8	4,0	1,5
Sach- und Betriebsaufwand	-7,1	-1,0	1,7	20,7	15,8	8,9	8,9
Rüstungsaufwand	8,1	-5,8	-7,1	-0,9	7,6	-16,2	-4,8
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	-	233,2	-3,4	-
Transferaufwand	2,3	1,9	2,6	20,6	0,5	3,9	5,7
Anteile Dritter an Bundeserträgen	1,2	10,5	12,1	6,5	-22,7	6,0	1,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	-13,6	184,9	-9,1	-3,1	-4,8	-25,7	12,2
Beiträge an eigene Institutionen	5,8	-5,8	0,2	21,8	5,5	-0,9	3,7
Beiträge an Dritte	1,5	-8,6	0,6	0,3	32,0	3,2	4,7
Beiträge an Sozialversicherungen	3,6	2,2	0,0	5,0	1,5	6,1	2,9
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-25,3	6,6	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	-	-	-2,3	-5,8	-
Finanzaufwand	-5,5	9,5	10,6	-2,2	-8,0	-1,9	1,3
Zinsaufwand	-3,8	12,9	11,6	-9,0	-2,4	-2,2	1,8
Übriger Finanzaufwand	-24,6	-39,4	-16,5	238,5	-62,1	7,5	-6,9
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-	-	-	-72,0	46,8	-

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011 (siehe auch Fussnote zu C02).

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	93,1	93,2	93,1	89,4	92,2	91,7
Direkte Bundessteuer	24,5	24,0	26,1	26,5	28,2	29,2
Verrechnungssteuer	5,5	7,8	7,2	4,7	5,2	5,0
Stempelabgaben	5,7	5,3	5,3	5,2	5,0	4,3
Mehrwertsteuer	36,6	35,6	34,8	33,9	35,3	35,1
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,0	13,3	12,7	12,3	11,9
Verkehrsabgaben	2,9	3,6	3,5	3,5	3,4	3,5
Zölle	2,2	1,9	1,9	1,8	1,7	1,7
Verschiedener Fiskalertrag	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Regalien und Konzessionen	2,6	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2
Finanzertrag	1,7	1,8	2,0	5,1	2,4	2,3
Beteiligungsertrag	1,1	1,1	1,1	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	–	–	3,2	1,2	1,4
Übriger Finanzertrag	0,6	0,7	0,9	1,9	1,2	0,9
Übriger Ertrag	2,6	2,4	2,5	3,2	3,2	3,8
Entgelte	2,5	2,3	2,4	2,4	2,1	2,0
Verschiedener Ertrag	0,1	0,1	0,1	0,8	1,0	1,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	–	–	–	0,0	0,0	0,0
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	19,2	18,5	17,8	17,6	21,1	20,8
Personalaufwand	10,1	9,8	9,4	8,3	8,2	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,0	5,9	5,8	6,0	6,6	7,0
Rüstungsaufwand	3,1	2,8	2,6	2,2	2,2	1,8
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	–	1,2	4,0	3,7
Transferaufwand	73,1	73,2	73,3	74,8	72,4	72,9
Anteile Dritter an Bundeserträgen	14,8	16,1	17,6	15,9	11,8	12,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	2,4	2,1	1,8	1,6	1,2
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	4,6	4,5	4,7	4,7	4,5
Beiträge an Dritte	24,0	21,6	21,2	17,9	22,8	22,8
Beiträge an Sozialversicherungen	28,4	28,5	27,8	24,7	24,2	24,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	–	9,1	6,6	6,8
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	–	0,7	0,6	0,6
Finanzaufwand	7,7	8,3	8,9	7,4	6,5	6,2
Zinsaufwand	7,2	8,0	8,7	6,7	6,3	6,0
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,3	0,2	0,7	0,3	0,3
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	–	–	0,2	0,0	0,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 den Voranschlag 2008 sowie die Planjahre 2009-2011 (siehe auch Fussnote zu C02).

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2009

Mio. CHF	Total Voranschlag 2009	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	60 524	18	42	566	81	182	58 572	249	814
Fiskalertrag	55 514	–	–	482	–	–	55 006	0	26
Direkte Bundessteuer	17 670	–	–	–	–	–	17 670	–	–
Verrechnungssteuer	3 019	–	–	–	–	–	3 019	–	–
Stempelabgaben	2 600	–	–	–	–	–	2 600	–	–
Mehrwertsteuer	21 240	–	–	–	–	–	21 240	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 229	–	–	–	–	–	7 229	–	–
Verkehrsabgaben	2 123	–	–	–	–	–	2 123	–	–
Zölle	1 000	–	–	–	–	–	1 000	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	633	–	–	482	–	–	125	0	26
Regalien und Konzessionen	1 303	–	–	–	–	–	1 099	178	26
Finanzertrag	1 367	–	–	1	0	–	1 346	20	–
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	845	–	–	–	–	–	845	–	–
Übriger Finanzertrag	522	–	–	1	0	–	501	19	–
Übriger Ertrag	2 325	18	42	82	81	182	1 106	51	762
Entgelte	1 222	18	42	82	72	134	758	50	67
Verschiedener Ertrag	1 103	0	0	1	9	48	349	1	696
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	15	–	–	–	–	–	15	–	–
Ordentlicher Aufwand	58 182	299	2 219	19 465	1 239	4 777	15 463	5 957	8 761
Eigenaufwand	12 109	299	606	504	546	4 577	2 809	430	2 338
Personalaufwand	4 803	243	456	299	343	1 464	1 412	291	295
Sach- und Betriebsaufwand	4 081	56	145	200	164	1 759	1 012	133	612
Rüstungsaufwand	1 053	–	–	–	–	1 053	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 173	0	4	6	38	302	385	7	1 431
Transferaufwand	42 410	–	1 614	18 961	693	200	8 992	5 527	6 423
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 066	–	–	449	–	–	6 115	–	502
Entschädigungen an Gemeinwesen	675	–	–	32	547	62	–	3	30
Beiträge an eigene Institutionen	2 643	–	–	2 136	–	–	–	32	476
Beiträge an Dritte	13 277	–	1 608	2 176	129	132	2 877	4 889	1 466
Beiträge an Sozialversicherungen	14 450	–	–	14 075	–	–	–	375	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 957	–	–	94	17	5	–	139	3 701
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	342	–	6	–	–	–	–	88	248
Finanzaufwand	3 622	–	–	–	–	0	3 622	–	–
Zinsaufwand	3 468	–	–	–	–	0	3 468	–	–
Übriger Finanzaufwand	154	–	–	–	–	–	154	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	40	–	–	–	–	–	40	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2008

Mio. CHF	Total Voranschlag 2008	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	57 951	18	39	504	85	138	56 657	218	291
Fiskalertrag	53 455	–	–	432	–	–	52 997	0	26
Direkte Bundessteuer	16 359	–	–	–	–	–	16 359	–	–
Verrechnungssteuer	3 026	–	–	–	–	–	3 026	–	–
Stempelabgaben	2 925	–	–	–	–	–	2 925	–	–
Mehrwertsteuer	20 470	–	–	–	–	–	20 470	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 116	–	–	–	–	–	7 116	–	–
Verkehrsabgaben	1 996	–	–	–	–	–	1 996	–	–
Zölle	980	–	–	–	–	–	980	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	583	–	–	432	–	–	125	0	26
Regalien und Konzessionen	1 258	–	–	–	–	–	1 082	154	22
Finanzertrag	1 381	–	–	1	0	–	1 364	16	–
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	707	–	–	–	–	–	707	–	–
Übriger Finanzertrag	674	–	–	1	0	–	657	16	–
Übriger Ertrag	1 836	18	39	71	85	138	1 194	48	243
Entgelte	1 239	17	39	70	83	118	770	48	93
Verschiedener Ertrag	597	0	–	1	2	20	424	0	150
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	20	–	–	–	–	–	20	–	–
Ordentlicher Aufwand	56 399	287	2 161	18 550	1 408	5 071	14 833	5 692	8 397
Eigenaufwand	11 872	287	591	501	486	4 826	2 538	429	2 214
Personalaufwand	4 616	229	443	292	340	1 549	1 170	292	301
Sach- und Betriebsaufwand	3 749	58	144	206	117	1 565	1 000	131	528
Rüstungsaufwand	1 257	–	–	–	–	1 257	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 250	0	3	4	28	455	368	7	1 385
Transferaufwand	40 808	–	1 570	18 049	922	245	8 576	5 263	6 183
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 669	–	–	406	–	–	5 770	–	492
Entschädigungen an Gemeinwesen	909	–	–	31	773	78	–	–	26
Beiträge an eigene Institutionen	2 666	–	–	2 154	–	–	–	32	480
Beiträge an Dritte	12 866	–	1 567	2 043	131	164	2 806	4 727	1 428
Beiträge an Sozialversicherungen	13 624	–	–	13 331	–	–	–	293	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 711	–	–	83	18	2	–	148	3 460
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	363	–	4	–	–	–	–	63	296
Finanzaufwand	3 691	–	–	–	–	0	3 691	–	–
Zinsaufwand	3 547	–	–	–	–	0	3 547	–	–
Übriger Finanzaufwand	143	–	–	–	–	–	143	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	28	–	–	–	–	–	28	–	–